

3 Fallbeispiel: Die undogmatische Linke in Hamburg

Um Lernprozesse von sozialen Bewegungen zu untersuchen, steht eine Vielzahl von potenziellen Untersuchungsgegenständen zur Verfügung. Die Bewegungsforschung beschäftigt sich mit einer kaum überschaubaren Reihe von Analyseobjekten, die allesamt interessant und vielversprechend sein könnten.

Dennoch soll in der vorliegenden Arbeit das Lernen von sozialen Bewegungen am Beispiel der sogenannten »undogmatischen Linken« in Hamburg analysiert werden. Bei dieser diffusen und äußerst heterogenen Bewegung – die im Folgenden genauer beschrieben wird – handelt es sich, in aller Kürze, um ein Netzwerk von linken Gruppen und Strömungen, das u.a. die urbane soziale Bewegung¹, die Hausbesetzerbewegung², antifaschistische und antirassistische Gruppen³, Autonome⁴ und Teile des alternativen Milieus⁵ umfasst. Warum aber eignet sich diese Bewegung (bzw. die etwas grob umrissene linksradikale Szene) nun besonders für die anvisierte Untersuchung? Welchen

-
- 1 Vgl. Mayer, Margit (2014): Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: Norbert Gestring, Renate Ruhne und Jan Wehrheim (Hg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer, S. 25-42.
 - 2 Zur Hausbesetzerbewegung vgl. Anders, Freia (2010): Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre. In: Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, S. 473-498. Vgl. außerdem Suttner, Andreas (2011): »Beton brennt«. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er. Wien, Berlin, Münster: Lit.
 - 3 Vgl. Langer, Bernd (2018): Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung. Münster: Unrast. Vgl. außerdem Schuhmacher, Nils (2017): »Küsst die Faschisten«. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 67 (42-43), S. 35-41.
 - 4 Zu den Autonomen vgl. Schwarzmeier, Jan (2001): Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. Norderstedt: Books on Demand. Vgl. außerdem Haunss, Sebastian (2013): Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus. In: Michaela Glaser und René Schultens (Hg.): »Linke« Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle: Dt. Jugendinst. e.V., S. 26-46 sowie Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
 - 5 Vgl. zum alternativen Milieu Reichardt, Sven; Siegfried, Detlef (Hg.) (2010): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa

Erkenntnisgewinn verspricht eine Auseinandersetzung mit der undogmatischen Linke in Hamburg? Um diese Fragen zu beantworten und das ausgewählte Fallbeispiel dieser Arbeit näher vorzustellen, soll im folgenden Abschnitt zunächst ein Überblick über die radikale Linke in Hamburg sowie über die städtischen sozialen Bewegungen im Allgemeinen und die Geschichte der Hausbesetzungen im Speziellen gegeben werden. Im Anschluss werden drei für die linksradikale Szene besonders wichtige Objekte detaillierter porträtiert: die Hausbesetzungen in der Hamburger Hafenstraße, der Roten Flora und dem Gängeviertel.

Zunächst soll aber kurz umrissen werden, was genau den Themenkomplex »Undogmatische Linke in Hamburg« zum geeigneten Untersuchungsobjekt für die Frage nach kollektiven Lernprozessen in sozialen Bewegungen macht. Bei der Suche nach geeigneten Bewegungen war das Zusammenspiel bestimmter Faktoren ausschlaggebend: Erstens musste die Bewegung über einen möglichst langen Zeitraum existieren, um beispielsweise mögliche intergenerationelle Prozesse zwischen verschiedenen Wellen von AktivistInnen beobachten zu können. Da es sich bei kollektiven Lernprozessen durchaus um langwierige und unregelmäßig verlaufende Phänomene handeln könnte, steigert ein möglichst langer beobachteter Zeitraum zudem ohnehin die Wahrscheinlichkeit, auf eine Lernentwicklung zu stoßen. Damit schieden bereits zahlreiche kampagnenhaften oder aus anderweitigen Gründen nur kurzzeitig aktiven Bewegungen für eine eingehendere Betrachtung aus. Die linksradikale Bewegung in Hamburg verfügt dagegen über eine jahrzehntelange Historie und allein die dauerhaften Hausbesetzungen erstrecken sich insgesamt über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren.

Zweitens war entscheidend, dass die Bewegung möglichst wenig institutionalisiert sein sollte. Hintergrund ist die bereits erwähnte besondere Herausforderung, bei schwach institutionalisierten Akteuren Lernprozesse anzustoßen und insbesondere zu verstetigen. Eine Bewegung wie die Anti-Atom-Bewegung, die im Zuge ihrer Entwicklung auch eine deutliche Professionalisierung und die Herausbildung von starken und einflussreichen Bewegungsorganisationen durchlebt hat, wäre unter diesem Gesichtspunkt weniger geeignet gewesen, um den potenziell problematischen Zusammenhang von fehlender Struktur und Hierarchie und erfolgreichen oder ausbleibenden Lernprozessen genauer zu analysieren.

Drittens soll bei der Untersuchung von kollektiven Lernprozessen in sozialen Bewegungen ein höheres Gewicht auf implizite und unbewusste Lernerfahrungen gelegt werden, die – so die zugrundeliegende These – insbesondere bei einer lebensweltlichen Verankerung einer Bewegung auftreten könnten. Wenn eine Bewegung mit einer den Alltag der AktivistInnen und potenziellen SympathisantInnen strukturierenden Szene verbunden ist, kann davon ausgegangen werden, dass bereits im alltäglichen Miteinander bestimmte Lernprozesse angestoßen werden, beispielsweise durch die unterbewusste Aneignung von Szenecodes, Sprachregeln oder Umgangsformen. Physische Orte, an denen die Szene und die Bewegung zusammenkommen, spielen dabei eine her-

1968–1983. Göttingen: Wallstein. Vgl. außerdem Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Berlin: Suhrkamp.

ausragend wichtige Rolle.⁶ In dieser Hinsicht ist insbesondere die Bewegung der HausbesetzerInnen, deren zentrale Aktionsform eben die Schaffung und Verteidigung von Freiräumen war und ist, für eine genauere Untersuchung dieser Ebene von Wissensvermittlung geeignet, da die erkämpften Freiräume Ideologie und Ziele der Bewegung im Kleinen konkret erlebbar machen.

3.1 Undogmatische Linke

Unter dem Begriff der undogmatischen Linken soll im Folgenden ein Netzwerk von unterschiedlichen Gruppen und Strömungen verstanden werden, die durch einen gemeinsamen Bezug zu linken Ideologien und Einstellungen zusammengehalten werden. Bei der undogmatischen Linken handelt es sich nicht um eine klassische, relativ klar abgrenzbare soziale Bewegung, sondern vielmehr um ein »Netzwerk von Netzwerken«, dessen Ränder und Grenzen ständig im Fluss sind. Darüber hinaus fällt bei der undogmatischen Linken eine Abgrenzung von aktiver Bewegung und umgebendem Milieu oder verbundener Szene nicht leicht – auch hier sind die Übergänge fließend. Im folgenden Verlauf der Arbeit werden daher viele der Begriffe synonym verwendet.

Um die Besonderheit der undogmatischen Linken greifbar zu machen, wurde teilweise mit dem Konzept der »*social movement community*« gearbeitet.⁷ Der Fokus dieses Ansatzes konzentriert sich nicht auf etwaige »Bewegungsorganisationen« (die es in der radikalen Linken ohnehin nur selten gibt), sondern auf das informelle Netzwerk, das von politisierten AktivistInnen gebildet wird und zumeist insbesondere eine lebensweltliche Verankerung der Bewegung ermöglicht, beispielsweise durch die Etablierung von bestimmten Szene-Räumen wie Kneipen, Cafés oder Buchläden. Auch Alberto Melucci betont die Wichtigkeit solcher Netzwerke, die er als »*social movement areas*« bezeichnet.⁸ Diese sozialen Verbindungen sind für die Funktion von sozialen Bewegungen essenziell, da sie die Mitglieder und SympathisantInnen der Bewegung zusammenhalten und mit Informationen versorgen. Weil sie darüber hinaus eine Form des kulturellen Experimentierens erlauben (Melucci bezeichnet die sozialen Netzwerke aufgrund dieser Funktion auch als »*cultural laboratories*«⁹) und in ihnen spezielle Verhaltensmuster entwickelt werden können, stellen sie zudem häufig einen gewissen Grad von Homogenität einer Bewegung her.¹⁰ Das umgebende lebensweltlich verankerte Netzwerk funktioniert dabei unabhängig von konkreten Mobilisierungswellen der Bewegung und

6 Vgl. Golova, Tatiana (2011): Räume kollektiver Identität. Raumproduktion in der »linken Szene« in Berlin. Bielefeld: transcript.

7 Vgl. Golova 2011, S. 75-78. Das Konzept der »*social movement community*« geht zurück auf die Untersuchung der US-amerikanischen Frauenbewegung von Buechler, Steven M. (1990): *Women's Movements in the United States. Woman Suffrage, Equal Rights, and Beyond*. New Brunswick (NJ), London: Rutgers University Press.

8 Vgl. dazu Melucci, Alberto; Keane, John; Mier, Paul (1989): *Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*. London: Hutchinson Radius, S. 58-63.

9 Melucci et al. 1989, S. 60.

10 Vgl. Melucci 1996, S. 113-117.

sorgt auf diese Weise für eine Konstanz über einen längeren Zeitraum hinweg. Insbesondere bei der radikalen Linken ist dieser Aspekt eines in die Alltagswelt vorgelagerten sozialen Netzwerks von besonderer Relevanz, propagieren doch viele Gruppen (insbesondere die Autonomen, s.u.) die Wichtigkeit der Vorwegnahme politischer Utopien im eigenen alltäglichen Verhalten.¹¹

Auch Sebastian Haunss beschreibt diese Form der Vergemeinschaftung, wobei er nicht von *social movement communities* bzw. *areas* spricht, sondern den Begriff der »Szene« nutzt.¹² Dieses Vokabular hat den Vorteil, dass es auch in der Bewegung selbst häufig genutzt wird – der Begriff »Szene« beispielsweise wird von den Autonomen als typische Selbstbeschreibung verwendet und steht dabei sowohl für die aktive politische Bewegung als auch für das umgebende Umfeld von SympathisantInnen. Szenen zeichnen sich durch gemeinsame Überzeugungen und Vorstellungen aus und haben zumeist einen eindeutigen thematischen Rahmen. Es gibt aber keine klaren Regeln der Zugehörigkeit – zu einer Szene gehören alle, die sich als zugehörig empfinden und von den übrigen Mitgliedern als zugehörig angesehen werden. Dabei handelt es sich zumeist nicht um individuelle »Mitgliedschaft«, sondern um kollektive Zugehörigkeit. Es reicht also, zu einem Freundeskreis zu gehören, der Teil der Szene ist, um auch selbst dazuzugehören. Szenen umfassen einen großen Teil des Alltags ihrer Mitglieder, sparen aber bestimmte Aspekte aus: im Regelfall beispielsweise den Bereich der Arbeit. Sie haben konkrete, physische Treffpunkte und organisieren regelmäßige Aktivitäten, an denen ihre Mitglieder aktiv teilnehmen. Außerdem zeichnen sie sich durch eine gemeinsame Kultur aus und verfügen über »distinkte Codes, Stile, Verhaltensweisen und Wissensvorräte, die von den Dazugehörigen geteilt und reproduziert werden [...]«. ¹³ Eine Szene funktioniert somit ganz ähnlich wie ein soziales Milieu, unterscheidet sich aber durch die bewusste Entscheidung zur Zugehörigkeit von letzterem, das sich stärker anhand struktureller Rahmenbedingungen formiert.¹⁴ Das heißt natürlich nicht, dass Szenen automatisch soziostrukturell heterogen wären, und insbesondere den Autonomen wurde und wird häufig eine starke Mittelschichtsprägung attestiert. Allerdings sind auch in diesen Fällen Faktoren wie Alter oder Geschlecht für die Zugehörigkeit zu einer Szene entscheidender als sozioökonomische Kennziffern.¹⁵

Dieter Rucht grenzt das Konzept der Szene (bzw. des Milieus) von sozialen Bewegungen ab, indem er die Fähigkeit zu strategischem Handeln vergleicht. Soziale Bewegungen werden als soziale Netzwerke konzipiert, die durch eine kollektive Identität

11 Vgl. Golova 2011, S. 77f.

12 Vgl. Haunss 2004, S. 79–89. Vgl. zum Konzept der Szene auch Leach, Darcy K.; Haunss, Sebastian (2009): *Scenes and Social Movements*. In: Hank Johnston (Hg.): *Culture, Social Movements, and Protest*. Ashgate, S. 255–277.

13 Haunss 2004, S. 82.

14 Vgl. Haunss 2004, S. 85–88. Vgl. auch Hoeft, Christoph (2014): *Vom Milieu zur Szene. Über Lebenswelten linker Politik in Hamburg*. In: Alexander Hensel et al. (Hg.): *Politische Kultur in der Krise. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2013*. Stuttgart: ibidem, S. 106–108. Vgl. zur Erosion der klassischen sozialmoralischen Milieus auch Walter, Franz (2010): *Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

15 Vgl. Haunss 2004, S. 87.

zusammengehalten werden und die mithilfe öffentlicher Proteste einen fundamentalen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen oder verhindern wollen. Einer Szene bzw. einem Milieu fehlt dieses zielgerichtete Handeln. Sie verbindet zwar ebenfalls eine gemeinsame Kultur, also ein geteiltes Set von Werten und Überzeugungen und eine kollektive Identität, sie sind aber seltener auf eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft ausgerichtet. Typischer ist eher der Aufbau von geschützten sozialen Nischen, in denen Szenen nach ihren eigenen Vorstellungen existieren können.¹⁶ Szenen und Milieus sind in diesem Sinne ein potenziell nutzbares Reservoir oder auch ein Resonanzraum für soziale Bewegungen. Im Fall der Autonomen verschwimmt diese Differenzierung allerdings, weil hier die typische Aufteilung in einen aktiven Bewegungskern und eine umgebende sympathisierende Szene nicht trennscharf durchgehalten wird – gerade die Vermischung von Szene und Bewegung ist für die Autonomen charakteristisch. Hier liegt auch der Grund dafür, dass beide Begriffe in Szenezeitschriften völlig synonym verwendet werden – »die Szene« bezeichnet typischerweise die Gesamtheit der Mitglieder und SympathisantInnen der autonomen Bewegung.¹⁷

Die Ursprünge und Wurzeln der hier betrachteten undogmatischen Linken liegen im sogenannten alternativen Milieu, das sich insbesondere in den 1970er und 80er Jahren in westdeutschen Großstädten, Universitätsstädten und teilweise auch im ländlichen Raum entwickelt hat.¹⁸ Das Kernkonzept dieses Milieus war das Streben nach Authentizität: Dazu gehörten die Wünsche und politischen Forderungen nach Spontaneität, ein Streben nach Selbsterfahrung, Subjektivität, Autonomie, Basisdemokratie, Unmittelbarkeit und Natürlichkeit. Spuren und Überreste dieser Prinzipien finden sich bis heute in der autonomen Szene Hamburgs. Wichtige Strömungen innerhalb des alternativen Milieus waren beispielsweise Bürgerinitiativen, Ökologiebewegungen (inklusive der Anti-AKW-Bewegung), konsumkritische Gruppen, Landkommunen, die Frauenbewegung, die Bewegung Homosexueller und weitere Gruppen, die sich für eine sexuelle Liberalisierung einsetzten, z.B. die Pädophilie-Bewegung; des Weiteren Psycho- und Emanzipationsbewegungen, religiöse Sekten und spiritualistische Gruppen, die Friedensbewegung und Dritte-Welt-Initiativen, Bürgerrechtsbewegungen und die undogmatische Linke bzw. die sogenannten Spontis.¹⁹

Ein weiteres zentrales Merkmal des ursprünglichen alternativen Milieus war zwar ein klares Bekenntnis zu linksradikalen Ideen – insbesondere sozialistische Ansätze erfreuten sich großer Beliebtheit –; doch auch die Abgrenzung zu den dogmatischen

16 Vgl. Rucht, Dieter (2010): Das alternative Milieu in der Bundesrepublik. Ursprünge, Infrastruktur und Nachwirkungen. In: Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, S. 61-86, hier S. 64-69.

17 Vgl. Haunss 2004, S. 80.

18 Vgl. Reichardt, Sven; Siegfried, Detlef (2010): Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform. In: Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, S. 9-24. Vgl. auch Hollstein, Walter (1998): Die Alternativbewegung. Fakten der Vergangenheit – Möglichkeiten für die Gegenwart. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 11 (1), S. 154-163.

19 Vgl. Rucht 2010, S. 76. Vgl. zu Spontis außerdem Kasper, Sebastian (2019): Spontis. Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt. Münster: edition assemblage.

K-Gruppen war konstitutiv für die alternativen Gruppen. Sozialismus und die Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung waren nun nicht mehr Fernziele, auf die man für die Zeit nach der Revolution hoffen musste, sondern die Umsetzung dieser Ideale sollte im Hier und Jetzt beginnen.²⁰ Alle waren somit aufgefordert, im eigenen Leben die Grundsätze einer solidarischen Gesellschaft vorwegzunehmen, gleichzeitig sollte aber auch die Gesellschaft als Ganzes verändert werden.

Das alternative Milieu blieb bewusst unorganisiert und bildete keine festen Strukturen und Organisationen heraus. Stattdessen wurde es durch basisdemokratische Ansätze, persönliche Netzwerke sowie über Vernetzungen von einzelnen Projekten über regelmäßige Treffen, Plena und Kongresse zusammengehalten. Oft entstand außerdem eine vielfältige lokale Infrastruktur von Kneipen, Geschäften, Wohngemeinschaften und kollektiven Projekten.²¹ In der Hochzeit des alternativen Milieus Mitte der 1980er Jahre waren mehrere hunderttausend AktivistInnen im alternativen Milieu in tausenden Projekten involviert; die Zahl der SympathisantInnen ging vermutlich noch weit über diesen harten Kern hinaus.²²

Das politische Betätigungsfeld des alternativen Milieus war insbesondere der Aktivismus in den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen: Die Bandbreite der Gruppen umfasste dabei u.a. die Sponti-, Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung. Auch wenn die ideologischen Zielsetzungen erheblich differierten, konnten der Wunsch nach authentischen, konkreten und autonomen Existenzformen und die emotionale Ablehnung der als entfremdet wahrgenommenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Mehrheitsgesellschaft als kleinster gemeinsamer Nenner gelten.²³

Das alternative Milieu erodierte zwar Ende der 1980er Jahre zunehmend; weil es aber bereits zuvor – trotz aller Abgrenzungsbemühungen – auf vielfältige Weise mit der Mehrheitsgesellschaft verbunden war, überdauerten viele Ideen und Ideale auch nach dem Zerfall des Milieus in anderen gesellschaftlichen Gruppen: Zu den Vermächtnissen des alternativen Milieus gehören beispielsweise eine größere Sensibilität für Geschlechterfragen und Umweltschutz, weniger autoritäre Arbeits- und Lebensverhältnisse oder auch neue zivilgesellschaftliche Formen politischer Partizipation.²⁴

Das alternative Milieu bildet in gewisser Hinsicht die gemeinsame Basis, auf der nach und nach die heutige undogmatische Linke erwächst – auch wenn diese Entwicklung nicht frei von Konflikten und Brüchen ablaufen sollte. Die zunehmende Integration von alternativen Projekten und der damit einhergehende Verlust der klaren antistaatlichen Ausrichtung von Teilen des Milieus führten zu immer größeren politischen Verwerfungen. Insbesondere der linksradikale Teil des Milieus beklagte einen Ausverkauf der alternativen Werte und distanzierte sich zunehmend von den übrigen Strömungen. Diese Abgrenzungsbemühungen zeigen sich u.a. bei den entstehenden Autonomen besonders deutlich.²⁵

20 Vgl. Reichardt und Siegfried 2010, S. 23.

21 Vgl. Reichardt und Siegfried 2010, S. 10-12.

22 Vgl. Rucht 2010, S. 80-84.

23 Vgl. Reichardt und Siegfried 2010, S. 22.

24 Vgl. Reichardt und Siegfried 2010, S. 13.

25 Vgl. Rucht 2010, S. 79.

Im Laufe dieser Arbeit wird gezeigt werden, dass es auch in der undogmatischen Linken durchaus feste Überzeugungen gibt, an denen trotz aller Diskussionen niemals ernsthaft gerüttelt wird (vgl. beispielsweise Abschnitt 10.3) – aus diesem Grund mag die Bezeichnung »undogmatisch« an der ein oder anderen Stelle irritierend wirken. Im Folgenden soll daher kurz umrissen werden, warum trotz der dogmatischen Elemente der linken kollektiven Identität die Bezeichnung »undogmatisch« gewählt wurde.

Entscheidend ist insbesondere, dass die Bezeichnung »undogmatisch« in den 1970er Jahren als historischer Abgrenzungsbegriff innerhalb der Entwicklung der bundesdeutschen Linken entstanden ist, der in erster Linie als deutliche Kritik an den K-Gruppen zu verstehen ist.²⁶ Als »undogmatisch« galten Linke, die starre Organisationsformen ablehnten und dabei (anders als pazifistische Gruppen) Gewalt als Aktionsform zumindest nicht per se ausschlossen.²⁷ Die undogmatische Linke war somit ein historischer Vorläufer der Sponti- und Autonomen-Szene – und damit die (historische) Bezeichnung eines wichtigen Teils des Spektrums, das in dieser Arbeit im Mittelpunkt des Interesses steht.

Zusätzlich spricht die relative Offenheit des Begriffs für seine Verwendung. Die Szene, die sich in der *Zeck* an Debatten beteiligt, ist sehr heterogen. Nicht alle Gruppen, die die *Zeck* oder die Rote Flora nutzen, könnten beispielsweise unter der Bezeichnung »autonom« zusammengefasst werden – es gibt u.a. pazifistische Gruppen oder Umweltgruppen, die sich selbst dezidiert nicht als Autonome verstehen. Aus denselben Gründen wäre auch »militant« kein geeigneter Sammelbegriff für die hier betrachtete linke Szene, denn Militanz ist zu jeder Zeit innerhalb der Szene umstritten und nicht alle Szenemitglieder befürworten militante Mittel (vgl. Abschnitt 6.1). Interessanterweise wird der Begriff »undogmatisch« auch in der Szene selbst von Zeit zu Zeit als Selbstbeschreibung genutzt – und zwar immer genau dann, wenn das gesamte Spektrum bzw. die heterogenen Strömungen in ihrer ganzen Breite angesprochen werden sollen (beispielsweise vor größeren Kongressen, vgl. dazu 9.1). Auch aus Sicht der Beteiligten ist die Bezeichnung also offensichtlich ein geeigneter Oberbegriff, der die unterschiedlichen Facetten der eigenen Bewegung einigermaßen zufriedenstellend zusammenfassen kann.

Neben dieser (historischen) Selbstbezeichnung der Szene sprechen auch weitere Argumente dafür, die Bezeichnung »undogmatisch« zu verwenden. So soll die Bezeichnung »undogmatisch« auch den Bewegungscharakter der Szene, die in dieser Arbeit betrachtet wird, betonen. Auf diese Weise soll deutlich gemacht werden, dass es hier um die aktivistische Linke geht und nicht etwa um feste Organisationen oder Parteien, die in bestimmten Teilen des linken Spektrums ebenfalls eine wichtige Rolle spielen können.

Schließlich muss auch der Dogmatismus der hier analysierten Bewegung etwas relativiert werden: Es ist richtig, dass bestimmte Kernelemente der kollektiven Identität

26 Vgl. zur Genese der außerparlamentarischen Linken Pettenkofer 2014, S. 67–132. Zur Geschichte der K-Gruppen vgl. außerdem Hinck, Gunnar (2012): *Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre*. Berlin: Rotbuch und Koenen, Gerd (2002): *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977*. Frankfurt a.M.: Fischer.

27 Vgl. Pettenkofer 2014, S. 123–124.

im Laufe der inhaltlichen Debatten nie ernsthaft in Frage gestellt werden – ein solches Festhalten an diesen Überzeugungen könnte durchaus als Dogmatismus interpretiert werden. Allerdings muss ebenfalls berücksichtigt werden, dass in dieser Arbeit lediglich Debattenbeiträge analysiert werden, die allesamt in einer Bewegungszeitschrift veröffentlicht wurden. Auch wenn sie umstritten sind, teilweise als Affront verstanden werden und mehrfach gefordert wird, die VerfasserInnen besonders skandalöser Beiträge nicht länger als Mitglied der eigenen Szene anzuerkennen – offensichtlich wurden die Beiträge dennoch (zumindest von der Redaktion der *Zeck*) als Teil einer innerlinken Auseinandersetzung akzeptiert. Ein dezidiert linker Diskurs lässt also trotz allem »Dogmatismus«, der in mancher Auseinandersetzung durchscheint, immer noch zu, auch fundamentalen Widerspruch zu formulieren. Die Forderung nach Ausschluss aus der gemeinsamen Identität muss sehr häufig auch als rhetorisches und strategisches Mittel verstanden werden, um die Gegenseite in einer Debatte zu schwächen und die eigene Position zu stärken. Ebenso wichtig ist, dass eine Forderung nach Ausschluss eben noch kein tatsächlicher Ausschluss ist. Nicht zuletzt die über einen langen Zeitraum regelmäßig aufflammenden Debatten zeigen, dass sich bestimmte Positionen – allen Versuchen, sie nicht mehr als Teil eines linken Selbstverständnisses zuzulassen, zum Trotz – eben doch von einer Vielzahl der Bewegungsangehörigen als (mehr oder weniger) legitimer Teil der linken Identität anerkannt werden.

Zusammenfassend soll die Bezeichnung »undogmatisch« also die historische Herkunft der Szene, bestimmte Grundüberzeugungen und eine spezifische Aktionsform bezeichnen. Dieses Zusammenspiel wird mit der Bezeichnung »undogmatisch« weit- aus besser umrissen als mit alternativen Begrifflichkeiten (autonom bzw. militant). Da die Bezeichnung auch als Selbstbeschreibung der Szene genutzt wird, ermöglicht der Begriff ebenfalls, das durchaus komplizierte und ambivalente Verhältnis zwischen dogmatischen Überzeugungen und undogmatischen Ansprüchen genauer in der Blick zu nehmen.

Die urbanen sozialen Bewegungen mit ihrer speziellen Ausprägung der Hausbesetzerzene sind bei der Betrachtung der Hamburger linken Szene von großer Relevanz. In diesem Kontext entsteht darüber hinaus auch die für das Hamburger Fallbeispiel essenzielle Bewegung der Autonomen, weshalb in den folgenden Abschnitten insbesondere die Themen urbane Bewegung, Hausbesetzungen und Autonome eingehender beschrieben werden sollen.

3.2 Städtische soziale Bewegungen

Der Begriff »städtische soziale Bewegung« wird seit den 1960er Jahren verwendet, um politische Gruppen zu beschreiben, die die Stadt als empirisches und theoretisches Feld ihrer politischen Arbeit begreifen.²⁸ Städtische soziale Bewegungen können dabei als kollektive Akteure gelten, die in den Prozess sozialen oder politischen Wandels

28 Vgl. Mayer, Margit (2008): Städtische Soziale Bewegungen. In: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 293-318, hier S. 294. Vgl. auch Mayer, Margit (2014): Soziale Bewegungen in Städten – städ-

eingreifen, wobei ihre Ziele und ihre Aktionsbasis auf die Stadt und die dort relevanten Entscheidungsprozesse bezogen sind. Dabei können unterschiedlichste Initiativen unter diese Bezeichnung fallen, von widerständigen bis zu pragmatischen, von progressiven bis zu reaktionären und von kleinräumig agierenden bis zu global vernetzten Gruppen.²⁹ Umstritten ist dabei, inwiefern die Stadt nur der physisch-räumliche Austragungsort von Protesten sein kann. In der aktuellen Debatte zu Stadtsoziologie und Bewegungsforschung dominiert die Vorstellung, dass Urbanität zentral auch für den Inhalt der Proteste sei, die Stadt mithin mehr als eine bloße Bühne, vielmehr der Knotenpunkt und Ort der (Re-)Produktion des neoliberalen Kapitalismus sei, wo man abstrakte Verwerfungen und Widersprüche des Systems konkret erleben könne und wo daher auch das größte Potenzial für Kritik und Erneuerung liege.³⁰

Die ersten Vorläufer von urbanen sozialen Bewegungen bildeten sich bereits in den 1950er Jahren. Damals wurde insbesondere die Wohnungsnot in vielen stärker zerstörten Städten kritisiert. Ein genuin städtisches Konfliktfeld entstand dann in den 1960er Jahren. Nun wurde die Stadtentwicklungspolitik fundamental infrage gestellt und es entstanden Bürgerinitiativen, die sich für eine grundlegend andere Stadt einsetzten, indem sie beispielsweise gegen bestimmte Sanierungs- und Infrastrukturprojekte protestierten oder auch den Ausbau von öffentlichem Nahverkehr oder die Einrichtung von Jugendzentren forderten. Parallel und verbunden mit den Bürgerinitiativen entstanden stärker politisierte Protestgruppen, die den Klassenkampf aus den Fabrikhallen in die Städte tragen wollten, um so auch die Reproduktionssphäre in den Kampf mit einzuschließen. Auf diese Weise formierte sich eine urbane Gegenkultur, die sich ein eigenes lokales Bewegungsmilieu schuf, das dann beispielsweise über eine eigene Infrastruktur mit selbstverwalteten Läden, eigenen Zeitungen oder alternativen Betrieben verfügte.³¹

Die schwierige wirtschaftliche Lage zu Beginn der 1970er Jahre ließ zunehmend soziale Gruppen entstehen, die vom bisherigen Segen des Wachstums ausgeschlossen blieben. Durch die steigende Jugendarbeitslosigkeit traf diese Prekarität insbesondere jüngere Menschen. So entstand eine neue Trägergruppe von Protesten, die sich deutlich von den Bürgerinitiativen und Mietergruppen der 1960er Jahre unterschied und andere Ziele verfolgte.³² Häufig war das der Kampf um günstigen Wohnraum, der sich auch in den ersten Besetzungen manifestierte. Daneben entwickelte sich eine Reihe alternativer Projekte, die ökologisch und partizipatorisch orientiert waren und in denen eigene Dienstleistungsangebote entwickelt wurden. Zum Teil entstanden in den alternativen Milieus in den Städten auch grün-bunte Wahllisten, Bündnisse und Parteien.

Die 1980er Jahre waren von zwei scheinbar gegenläufigen Tendenzen geprägt: Auf der einen Seite kam es zu einer erneuten massiven Welle von Hausbesetzungen, die zunehmend militanter und gewalttätiger abliefen. Auf der anderen Seite wandelte sich

tische soziale Bewegungen. In: Norbert Gestring, Renate Ruhne und Jan Wehrheim (Hg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer, S. 25-42.

29 Vgl. Mayer 2008, S. 295f.

30 Vgl. Naegler, Laura; Neef, Rainer; Neumann, Ute (2012): Urbanität und Protest. Neue Herausforderungen der Stadt- und Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25 (3), S. 121-126.

31 Vgl. Mayer 2008, S. 296.

32 Vgl. Mayer 2008, S. 299f.

die Beziehung zwischen dem Staat und den Protestgruppen von einem konflikthaften und konfrontativen allmählich zu einem kooperativeren Verhältnis.³³ Dies lag insbesondere an der finanziellen Krise, die viele Kommunen betraf und die das innovative und selbstverantwortliche Potenzial der alternativen Stadtteilgruppen zunehmend attraktiver erschienen ließ, weil der Staat eigene kostspielige Angebote auf diese Weise zurückziehen konnte. Gleichzeitig stieg auch bei den AktivistInnen die Bereitschaft, staatliche Fördergelder und Unterstützung anzunehmen, um die eigenen Alternativprojekte und die daran hängenden Arbeitsplätze abzusichern. Die lange Zeit vorherrschende Nichtkooperation mit städtischen Behörden wurde auf diese Weise von einer neuen Haltung abgelöst, die eine Arbeit »sowohl innerhalb als auch gegen den Staat« propagierte.³⁴ Gerade zu Beginn der 1980er Jahre sorgte eine neue Wohnungsnot, die in vielen Städten durch Spekulation, den gezielten Verfall von leerstehenden Häusern und erste Gentrifizierungsprozesse entstand, für einen sprunghaften Anstieg von Besetzungen. Die meisten Hausbesetzungen wurden allerdings entweder schnell gewaltsam geräumt oder schrittweise legalisiert, indem beispielsweise alternative Sanierungsträger oder Vereine gegründet wurden. Städtische soziale Bewegungen differenzierten sich in der Folge immer stärker aus, einige Gruppen professionalisierten sich und integrierten sich in staatliche Programme, andere Gruppen radikalisierten sich, entwickelten ein militanteres Vorgehen und hielten an der prinzipiellen Oppositionshaltung gegenüber dem Staat fest.³⁵

Diese Fragmentierung des Milieus setzte sich auch in den 1990er Jahren fort. Die Spaltungen in vielfältige unabhängige Bewegungstypen sorgten spätestens jetzt dafür, dass nicht mehr von *einer* städtischen sozialen Bewegung gesprochen werden konnte.³⁶ Einige Gruppen wendeten sich verstärkt sozialen Problemlagen wie Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit zu, was insbesondere durch Maßnahmen auf Quartiers-ebene bekämpft werden sollte. Andere Initiativen kritisierten die zunehmende Ausbreitung von neoliberalen Denkmustern in der städtischen Politik, die durch eine Konkurrenz um Standortvorteile und den Rückbau sozialpolitischer Maßnahmen geprägt war. Um attraktiv für Unternehmen zu werden, wurden beispielsweise viele Innenstädte zu Dienstleistungs- und Shoppingbereichen umgebaut. Auch sogenannte Leuchtturmprojekte, also infrastrukturelle Großprojekte, mit denen man sich von den mitkonkurrierenden Städten absetzen wollte, provozierten immer wieder erbitterte Proteste.

Seit der Jahrtausendwende wurde noch deutlicher sichtbar, wie wenig kohärent sich die städtische Bewegungslandschaft entwickelt hatte. Professionelle und institutionalisierte Bewegungsorganisationen standen einer Vielzahl von spontan entstehenden, kurzlebigen und vielfältigen Initiativen gegenüber. Von besonderer Bedeutung für die Hamburger Protestlandschaft war die Entstehung des Recht-auf-Stadt-Netzwerks. 2009 schlossen sich ganz unterschiedliche Gruppen zu einem Bündnis zusammen, das trotz aller Heterogenität gemeinsam eine grundlegend andere Stadt einforderte.³⁷ In-

33 Vgl. Mayer 2008, S. 301.

34 Vgl. Mayer 2008, S. 302.

35 Vgl. Mayer 2008, S. 303-305.

36 Vgl. Mayer 2008, S. 303-307.

37 Vgl. Füllner, Jonas; Templin, David (2011): Stadtplanung von unten. Die »Recht auf Stadt«-Bewegung in Hamburg. In: Andrej Holm und Dirk Gebhardt (Hg.): Initiativen für ein Recht auf

haltlich stand die Kritik an der Gentrifizierung, also an der Aufwertung bestimmter Stadtteile und der damit verbundenen Verdrängung der bisherigen BewohnerInnen im Zentrum des Netzwerks, auch wenn sich die Arbeit nicht allein darauf beschränkte. Das Recht-auf-Stadt-Bündnis forderte außerdem eine demokratischere Stadtplanung, mehr bezahlbaren Wohnraum, die Vergesellschaftung von Immobilien, die Gestaltung von Freiräumen und vieles mehr. In ihrer Kritik an der »neoliberalen Stadt«, die sich stark an den Ideen des französischen Soziologen Henri Lefebvre³⁸ orientierte, verbanden sich sozialkritische Elemente, die Umverteilung und materielle Gerechtigkeit forderten, mit der sogenannten »Künstlerkritik«, die stärker auf individuelle Selbstverwirklichung zielte – was ein Grund für die Mobilisierungsfähigkeit und die Dynamik des Netzwerks war.³⁹ Das Netzwerk fiel insbesondere durch medienwirksame Protestaktionen auf, verband aber auch unterschiedliche Protestmilieus miteinander. So kamen hier klassische autonome Gruppen, ökologisch orientierte Nachbarschaftshilfen, KünstlerInnen und viele mehr zusammen.⁴⁰

Die ideologischen Deutungen, die von städtischen sozialen Bewegungen produziert werden, haben sich weit ausdifferenziert. Defensive, pragmatische Bewegungen, die eine bestehende hohe Lebensqualität oder sogar Privilegien verteidigen wollen, stehen hoch politisierten, teilweise militanten Gruppen gegenüber, die offensiv eine fundamental andere Stadt fordern. Zwischen diesen Polen existiert eine Vielzahl von Bewegungen, die unterschiedlichste thematische Schwerpunkte bearbeiten. Dazu gehören beispielsweise ökologische Forderungen nach bezahlbarem öffentlichen Nahverkehr, verkehrsberuhigten Zonen, dem Ausbau von Fahrradwegen, teilweise aber auch soziale Fragen, wie Wohnungsnot, sozialer Wohnungsbau oder Zwangsräumungen. Auch die Kritik an und der Kampf gegen Gentrifizierung sind aktuell öffentlich stark wahrgenommene und diskutierte Themenfelder der urbanen Bewegungen. Dabei entwickelt sich zunehmend eine selbstkritische Ebene vieler Initiativen, die ihre eigene Rolle in den Aufwertungsprozessen reflektieren. Erstens sind nämlich insbesondere politisierte und kreative junge Menschen eine wichtige Avantgarde bei der allmählichen Aufwertung und Umstrukturierung von Stadtteilen, was in der Feststellung »Wer das Wort Gentrifizierung kennt, ist schon Teil des Problems« treffend auf den Punkt gebracht wird. Zweitens wächst bei vielen Gruppen das Gefühl, lediglich als Korrektiv einer über-

Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA, S. 79-104. Vgl. dazu auch Butzlaff, Felix; Hoefft, Christoph; Kopp, Julia (2013): »Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!« Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung. In: Franz Walter et al. (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 48-93, hier S. 53-65.

38 Vgl. Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej Holm und Dirk Gebhardt (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA, S. 24-51.

39 Vgl. Birke, Peter (2011): Zurück zur Sozialkritik. Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«. In: Marcel Bois und Bernd Hüttner (Hg.): Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Heft 3: Bewegungen, Parteien, Ideen. Online verfügbar unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Beitr_zur_Gesch_3_web.pdf [zuletzt eingesehen am 08.12.2019], S. 57-65.

40 Vgl. Füllner und Templin 2011.

hitzten Stadtentwicklung zu fungieren und so nur für eine langsamere und sozialverträglichere Aufwertung der betroffenen Stadtteile zu sorgen.⁴¹

Die Organisationsstrukturen der städtischen sozialen Bewegungen haben sich im Laufe der Zeit ebenfalls deutlich gewandelt. Die ersten Initiativen gaben sich zumeist relativ dauerhafte organisatorische Strukturen, indem sie beispielsweise Vereine gründeten. In dem Maße, in dem sich mehr und mehr alternative Gruppen konstituierten, wurde die organisatorische Ausrichtung der urbanen Bewegungen diffuser. Weil viele AktivistInnen antiautoritär und basisdemokratisch ausgerichtet waren, lehnten sie die Gründung von stabilen und formalen Organisationen überwiegend ab. Dennoch existierten sogar in militanten Hausbesetzerkreisen Ansätze einer Organisation und überregionaler Vernetzung (beispielsweise über Besetzerräte). Seit den 1980er Jahren gibt es immer wieder Phasen, in denen sich Teile der urbanen Bewegung professionalisieren und institutionalisieren, nur um dann als Gegenbewegung wieder stärker hierarchiefreie und spontane Gruppengründungen zu provozieren.⁴² Die aktuelle Entwicklung der Bewegungen ist insbesondere durch den Aufbau von Netzwerken geprägt, die einerseits der besseren Vernetzung untereinander dienen und größere Handlungsfähigkeit sicherstellen, andererseits aber jeder beteiligten Gruppe ein Höchstmaß an Autonomie und Selbstbestimmtheit garantieren sollen. Auf diese Weise gelingt es Gruppen, in größeren Kampagnen auf Grundlage von bestimmten Minimalkonsensen effektiv zusammenzuarbeiten, ohne sich in allen Aspekten auf eine gemeinsame Haltung einigen zu müssen.⁴³

Dies ist für die ausdifferenzierte urbane Bewegung von besonderem Vorteil, weil sie sich seit jeher durch ein breites Repertoire von Aktions- und Protestformen auszeichnet, das auf diese Weise reibungslos nebeneinander fortbestehen kann. Schon in der Historie wurden immer wieder kooperative Protestformen um demonstrativere oder sogar konfrontative Aktionen ergänzt. Bereits Ende der 1970er Jahre schlugen Teile der Bewegung über grün-alternative Listen zudem eine elektorale Strategie ein, kandidierten bei Wahlen und zogen in einigen Städten in die Parlamente ein. Gleichzeitig zeichnete sich die urbane Bewegung von Anfang an durch ein breites infrastrukturelles Selbsthilfenetzwerk aus. Spätestens mit den aktuellen gentrifizierungskritischen Bewegungen haben sich vermehrt medienbezogene Aktionsformen etabliert, oftmals kreativ, bunt und inklusiv, wie beispielsweise Protestpartys. Diese Proteste sind zumeist professionell organisiert, sollen das Anliegen öffentlichkeitswirksam präsentieren, EntscheidungsträgerInnen beeinflussen und eine möglichst breite Unterstützungscoalition schaffen.⁴⁴

Bei aller Diversität lässt sich ein konstanter Faktor feststellen: In vielen Themenfeldern der städtischen sozialen Bewegungen, sei es beim Kampf um Wohnraum, aber auch gegen die Umstrukturierung bestimmter Viertel oder für die Schaffung von alternativen Freiräumen, wurden Hausbesetzungen als gängige Aktionsform genutzt. Die

41 Vgl. Mayer 2008, S. 308f.

42 Vgl. Mayer 2008, S. 310-312.

43 Vgl. z.B. Rucht, Dieter (2011): The Strength of Weak Identities. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24 (4), S. 73-84.

44 Vgl. Mayer 2008, S. 312-315.

Besonderheiten von Hausbesetzungen und ihre Wandlungen im Laufe der Geschichte städtischer sozialer Bewegungen sollen im folgenden Abschnitt genauer vorgestellt werden.

3.3 Hausbesetzungen als Protestform

Hausbesetzungen, also die Aneignung von leerstehendem Wohnraum notfalls auch gegen den Willen des Eigentümers, wurden seit Ende der 1970er Jahre zu einem zentralen Phänomen innerhalb der städtischen Bewegungen.⁴⁵ In etlichen Städten in der Bundesrepublik,⁴⁶ aber auch in anderen europäischen Ländern entwickelten sich zunehmend HausbesetzerInnen-Szenen.⁴⁷ Mehrere Gründe waren dafür ausschlaggebend:

Erstens waren Hausbesetzungen eine konkrete Kritik an der in vielen deutschen Städten zu dieser Zeit verfolgten Stadtentwicklungspolitik. Die sogenannte Neue Wohnungsnot wurde damals zu einem wichtigen Schlagwort.⁴⁸ Viele Städte setzten auf ei-

45 Zu den rechtlichen Aspekten von Hausbesetzungen vgl. Artkämper, Heiko (1995): Hausbesetzer, Hausbesitzer, Hausfriedensbruch. Berlin, New York: Springer sowie Weber, Martina (1991): Hausbesetzung als strafbarer Hausfriedensbruch? Der Einfluss der Einführung des Merkmals »befriedetes Besitztum« in § 123 StGB und seinen Vorläufern auf die Bestimmung des Rechtsguts des Hausfriedensbruchs. Zugleich ein Beitrag zur Dogmengeschichte des Hausfriedensbruchs. Frankfurt a.M., New York: Peter Lang, Internationaler Verlag der Wissenschaften.

46 Zu Hausbesetzungen in verschiedenen deutschen Städten vgl. u.a. Sichertmann, Barbara; Sichertmann, Kai (Hg.) (2017): Das ist unser Haus. Eine Geschichte der Hausbesetzung. Berlin: Aufbau; Amantine (2012): Die Häuser denen, die drin wohnen. Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland. Münster: Unrast; Nieradzki 2008; Warnecke, Jakob (2019): »Wir können auch anders«. Entstehung, Wandel und Niedergang der Hausbesetzungen in Potsdam in den 1980er und 1990er Jahren. Berlin: be.bra wissenschaft; Sontheimer, Michael; Wensierski, Peter (2018): Berlin. Stadt der Revolte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Zum Teil werden auch deutsche und europäische Städte verglichen, so beispielsweise bei Suttner, Andreas (2011): »Beton brennt«. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er. Wien, Berlin, Münster: Lit und Kuhn, Armin (2014): Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen in Berlin und Barcelona. Münster: Westfälisches Dampfboot.

47 Für einen Überblick zu Hausbesetzungen in anderen europäischen Ländern vgl. van der Steen, Bart; Katzeff, Ask; van Hoogenhuijze, Leendert (Hg.) (2014): The City Is Ours. Squatting and Autonomous Movements in Europe from the 1970s to the Present. Oakland (CA): PM Press und Guzman-Concha, Cesar (2015): Explaining Differences in the Strength of Squatters' Movements in Western European Cities. In: *Acta Sociologica* 58 (3), S. 195-213. Zu einzelnen Städten bzw. Ländern vgl. z.B. Kadir, Nazima; Prichard, Alex (2016): The Autonomous Life? Paradoxes of Hierarchy and Authority in the Squatters Movement in Amsterdam. Manchester: Manchester University Press. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=4943948> [zuletzt eingesehen am 16.10.2020]; Flemming Mikkelsen; R. Karpantschov (2001): Youth as a Political Movement: Development of the Squatters' and Autonomous Movement in Copenhagen, 1981-95. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 25 (3), S. 609-628; Sario, Beppe de (2012): Soziale Veränderung und Jugendbewegung in den 1980er Jahren in Italien: Der Fall der besetzten und selbstverwalteten Jugendzentren (centri sociali). In: Hanno Balz und Jan-Henrik Friedrichs (Hg.): »All we ever wanted«. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre. Berlin: Dietz, S. 73-89.

48 Vgl. Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Berlin: Suhrkamp, S. 498-500.

ne massive Umstrukturierung insbesondere der innerstädtischen Lagen. Im Geiste der 1970er Jahre bedeutete dies allerdings häufig Kahlschlagsanierung, also großflächigen Abriss und Neubauten. Diese Politik führte einerseits zur Verdrängung der einkommensschwachen Bewohnerschaft, die weiterhin auf niedrige Mieten angewiesen war, andererseits entstanden so zwar moderne, aber eben auch als gesichtslos kritisierte Städte, die stark nach angestrebten Funktionen differenzierten. Wohnen, Arbeiten und Konsumieren wurde in jeweils separierte städtische Räume verlagert. So entstanden in vielen Städten Innenstädte, die ausschließlich Büro- und Gewerbeflächen umfassten, während sich Wohnviertel an die Ränder oder in die Vorstädte verlagerten. Ergänzt wurde diese Entwicklung durch den Aspekt der spekulativen Sanierungen. Häuser wurden zu diesem Zwecke absichtlich leerstehend gehalten und verfielen dadurch zusehends, während die Besitzer hofften, durch Abriss oder Sanierung mehr Profite machen zu können als durch die weitere Nutzung der Häuser. Diese Politik führte zu einer breiten Kritik an der Stadtentwicklung, die keineswegs nur vom links-alternativen Milieu getragen wurde, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichte. In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahre 1981 bejahten beispielsweise 53,7 Prozent der Befragten die Frage, ob HausbesetzerInnen mit ihrer Kritik an der Kahlschlagsanierung recht hätten. Ebenfalls 1981 sprachen sich 63 Prozent der Befragten dafür aus, dass leerstehende Häuser auch gegen den Willen des Eigentümers vermietet werden sollten, 39 Prozent billigten sogar ausdrücklich eine Besetzung. Eine Umfrage im Jahr 1982 zeigte außerdem, dass 47 Prozent die Forderung unterstützen, dass BesetzerInnen in den Wohnungen bleiben durften, ganze 86 Prozent wünschten sich eine sanfte, nichtpolizeiliche Lösung der Problematik.⁴⁹ Der Rückhalt in der Bevölkerung für eine praktische Kritik an der Stadtentwicklungspolitik war also Anfang der 1980er Jahre bemerkenswert hoch. In dieser Zeit entstand neben den Hausbesetzungen eine Reihe anderer, zum Teil dezidiert bürgerlicher Initiativen, die sich für ihren Stadtteil, die Rechte von MieterInnen und mehr Mitbestimmung der BürgerInnen bei der Stadtentwicklung einsetzten.

Zweitens handelte es sich bei Hausbesetzungen um eine Reaktion auf die zunehmende ökonomische Schieflage. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg seit Ende der 1970er Jahre zunehmend, auch Lehrlinge, Studierende und arbeitslose AkademikerInnen befanden sich in einer finanziell prekären Lage. Sie waren daher in besonderem Maße auf günstigen Wohnraum angewiesen, der aber durch die in vielen Städten verfolgte Umstrukturierungspolitik immer knapper wurde. Dementsprechend waren die ersten Hausbesetzungen häufig Kooperationen von Studierenden und anderen Randgruppen, beispielsweise Gastarbeiterfamilien, Obdachlosen oder jugendlichen AusreißerInnen.⁵⁰

Drittens verbanden Hausbesetzungen theoretische und ideologische Grundsätze mit alltagspraktischem Handeln. Auf diese Weise machten sie einerseits bestimmte Utopien der Linken konkret erlebbar, andererseits ersetzten sie die abstrakte Theoriebildung durch politische Praxis. Damit grenzte sich die jüngere Generation der HausbesetzerInnen von der älteren 68er-Generation ab, der ohnehin häufig vorgeworfen wur-

49 Vgl. zu den Umfragen Reichardt 2014, S. 500, 552 und 570.

50 Vgl. für Frankfurt a.M. Reichardt 2014, S. 506-516.

de, lediglich von der Revolution zu »labern« und nichts davon umzusetzen. Andersherum beklagten die linken Gruppen, die in den 1970er Jahren an den ersten Besetzungen beteiligt waren, bei späteren Aktionen das völlige Fehlen von politischer Strategie und kritisierten die aus ihrer Sicht weniger intellektuellen und weniger politisierten BesetzerInnen auf das Schärfste.⁵¹ Bei aller Kritik an dem angeblich mangelnden theoretischen Bewusstsein der BesetzerInnen – es fanden sich zu jeder Zeit eine deutliche Grundkritik am Kapitalismus, seinem Wachstumsgedanken und seiner Verwertungslogik. Für manche Teile innerhalb der Besetzerszene waren Hausbesetzungen nicht nur eine Abhilfe gegen die konkreten Missstände, sondern gleichzeitig ein Mittel, dem kapitalistischen System insgesamt den Kampf anzusagen. Diese Grundsatzfrage – strebt man primär an, sich einen gestaltbaren Freiraum für die Umsetzung des eigenen Lebens zu sichern, oder nutzt man das besetzte Haus lediglich als Basis für weitergehende systemoppositionelle Kämpfe? – wurde zu einem zentralen Konfliktpunkt innerhalb der Szene, die beinahe überall in Radikale und Reformisten, »Mollis« und »Müslis« gespalten war.

Viele BesetzerInnen suchten nach Möglichkeiten, ein selbstgestaltetes Leben zu verwirklichen, wünschten sich Freiheit, Autonomie und Authentizität. Die eigene Existenz sollte nicht in Arbeit und Leben getrennt werden, man vertrat einen ganzheitlichen Lebensentwurf, der alle Aspekte unter einem Dach vereinte. Ein Flugblatt zu einer Besetzung in Göttingen brachte diese Haltung prägnant auf den Punkt und kritisierte die reinen Wohnviertel an den Rändern der Stadt:

»Die Lebensbedingungen in solchen Silos dienen der sozialen Kontrolle und sollen die Menschen dort in isolierter, entfremdeter Umgebung mit einem auf Arbeit-Konsum-Freizeit reduzierten Leben befrieden. Härter arbeiten – bunter kaufen – schöner Wohnen – schneller ficken. So wollen sie uns haben. Nicht mit uns! Diese Massenmenschhaltung machen wir nicht mit.«⁵²

Häufig waren die BesetzerInnen auch auf der Suche nach alternativen Formen des Zusammenlebens jenseits der als spießig empfundenen Kleinfamilie. Stattdessen strebten sie eine solidarische Gemeinschaft an, in der versucht werden sollte, Hierarchien und Machtverhältnisse, die die Gesellschaft prägten, zu überwinden. Auf diese Weise sollte in den Besetzungen ein alternatives Leben möglich werden, was auch als eine Keimzelle für den weiteren Kampf gegen das System dienen könnte. Andere BesetzerInnen aus Göttingen fassten diesen Gedanken wie folgt zusammen:

»Ganz offensichtlich fürchten die Schweine, daß [...] noch mehr Menschen versuchen ihren Traum von einem freien, selbstbestimmten Leben zu verwirklichen. Denn indem wir uns ihrer Kontrolle entziehen, indem wir wenigstens in unseren Wohnungen uns die Möglichkeit schaffen, ungestört unseren Gefühlen und Gedanken freien Lauf zu

51 Vgl. Reichardt 2014, S. 536.

52 Vgl. BesetzerInnen Burgstraße 7 (1986): Spekulanten Hochburg Burgstrasse Besetzt. Flugblatt vom 28.11.1986. Göttingen. Zur Geschichte von Hausbesetzungen in Göttingen vgl. auch Nieradzki, Lukas (2008): Göttinger Autonome und ihre Gegner. Zur Konstruktion und Identität und Alterität am Beispiel der Proteste in den 80er Jahren. Göttingen: Optimus-Verlag, S. 34-79.

lassen, entziehen wir uns ihrer Entmenslichungs- und Isolationsstrategie. So schaffen wir uns eine Atmosphäre, aus der wir power und Mut zum Widerstand entwickeln können.«⁵³

Die meisten Besetzungen organisierten sich möglichst wenig hierarchisch und setzten auf basisorientierte Entscheidungsfindungen, beispielsweise in offenen Vollversammlungen oder Häuserräten. Hier wurde über das gemeinsame Zusammenleben diskutiert, aber auch über politische Entscheidungen, das weitere Vorgehen und die Außenkommunikation. Zum Teil wurde auch eine Vernetzung von unterschiedlichen Projekten angestrebt, um beispielsweise die Verhandlungsposition gegenüber der Stadt und kollektive Forderungen abzustimmen. In der Realität offenbarten sich allerdings schnell auch die Schattenseiten dieser inklusiven Organisationsform: Basisdemokratische Entscheidungen, die auf dem Konsensprinzip beruhen sollten, konnten zumeist (wenn überhaupt) erst nach zähen Verhandlungen erzielt werden und kosteten enorm viel Kraft. Außerdem zeigte sich, dass sich trotz der prinzipiell inklusiven und hierarchiefreien Diskussionskultur häufig diejenigen durchsetzen konnten, die charismatisch auftraten oder schlicht am lautesten zu schreien vermochten. Diskussionen konnten in Extremfällen durchaus auch in körperlichen Auseinandersetzungen enden.⁵⁴

Die soziale Zusammensetzung der BesetzerInnen war divers und korrespondierte tendenziell mit der politischen Ausrichtung der Besetzungen. Das studentische, mittelschichtige Milieu war eher reformistisch orientiert, BesetzerInnen aus prekären Schichten tendierten eher zu einer kompromisslosen, radikaleren Haltung. Das BKA teilte die verschiedenen Gruppen der BesetzerInnen in drei Strömungen ein: Unterschieden wurde erstens zwischen einer zahlenmäßig kleiner Szene von militanten HäuserkämpferInnen, zweitens den AnhängerInnen alternativer Wohngemeinschaften und drittens der Gruppe vorübergehend wohnungsloser Personen, beispielsweise Jugendlichen aus Fürsorgeeinrichtungen oder Justizvollzugsanstalten, Drogensüchtigen und Obdachlosen.⁵⁵ Die Frage nach Verhandlung oder Nicht-Verhandlung hing stark von dem sozialen Hintergrund der Besetzungen ab. Anarchistisch orientierte BesetzerInnen entwickelten eine zunehmend militante und kompromisslose Haltung, mittelständisch-alternative Gruppen sahen ihre Häuser dagegen oft als stadtpolitische Projekte und verfolgten mit Instandbesetzungen stadtplanerische oder sozialpädagogische Ziele, für die sie langfristig einen legalen Status anstrebten. Auch die Angehörigen der prekären Schichten waren zum Teil an Verhandlungen interessiert, sahen sie in den besetzten Häusern doch eine begehrte Chance, sich ein neues Leben aufzubauen, was nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Während also die einen ihre neuen Wohn- und Lebensverhältnisse legalisieren und absichern wollten, setzten die anderen auf weitere Politisierung und warfen den Verhandlungsbereiten Egoismus und Verrat an den gemeinsamen politischen Zielen vor. Allerdings verliefen die Grenzen zwischen den Fraktionen nicht immer so scharf, konnte man sich doch zumeist aus dem gemeinsamen Alltag in den Häusern oder von Koor-

53 Vgl. BesetzerInnen Theaterplatz 7 (1986): Theaterplatz 7 Besetzt! Zusammen leben – zusammen kämpfen! Flugblatt. Göttingen.

54 Vgl. Reichardt 2014, S. 550–552.

55 Vgl. Reichardt 2014, S. 534.

dinationstreffen mit anderen Initiativen, was insgesamt ein weitgehend solidarisches Miteinander ermöglichte. Außerdem stellten auch die Verhandlungsbereiten das militante Vorgehen der anderen Gruppen nicht generell infrage, betrachtete man sie doch beispielsweise oft als Schutz vor Polizeigewalt. Insgesamt wurde die Militanz aus dem eigenen Lager ohnehin als legitime Gegengewalt und Reaktion auf das Vorgehen der Sicherheitskräfte gedeutet; sich selbst sah man immer in der Rolle des lediglich reagierenden und sich verteidigenden Opfers des staatlichen Gewaltmonopols.⁵⁶

Der Verlauf der Hausbesetzungen lässt sich in unterschiedliche Phasen einteilen: Zu Beginn der 1970er Jahre fanden erste Proteste und Selbsthilfeaktivitäten statt, meistens noch geprägt durch legale Handlungsstrategien und appellative Protestformen wie Unterschriftensammlungen, Klagen oder friedliche Demonstrationen. Ab 1979 verliefen die Aktionen zunehmend konfrontativ, es kam beispielsweise zu Formen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden und Besetzungen. Die Besetzungsform der »Instandbesetzung«, bei der verfallener Wohnraum durch die BesetzerInnen saniert wurde, etablierte sich. Doch auch wenn diese Aktionsform häufig auf öffentliches Verständnis traf, handelte es sich bereits um ein Vorgehen, bei dem mit einem polizeilichen Eingreifen gerechnet werden musste. Waren die ersten Besetzungen häufig noch relativ friedlich vonstattengegangen, eskalierten die Versuche in den 1980er Jahren regelmäßig. Die Konflikte verliefen zunehmend gewaltförmig, Straßenschlachten und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen BesetzerInnen und der Polizei prägten von nun an das öffentliche Bild.⁵⁷ Hausbesetzungen wurden zunehmend zu einem Kriminalitätsproblem, dem Freiraum-Begriff der BesetzerInnen wurde beispielsweise die Warnung vor der Entstehung von rechtsfreien Räumen entgegengehalten. BesetzerInnen wurden als Kriminelle dargestellt, von denen eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und insbesondere für die Eigentumsverhältnisse ausgehe. Die hohen Kriminalitätsraten im Umfeld vieler besetzter Häuser schien dieser Lesart oft Recht zu geben, allerdings muss berücksichtigt werden, dass schon die Besetzung zumeist als Hausfriedensbruch (und damit als Straftat) gezählt und die Nutzung von Strom als Diebstahl registriert wurden.⁵⁸

Gewalt und Militanz spielten somit spätestens seit den 1980er Jahren eine wichtige Rolle – nicht nur in den Medien⁵⁹, sondern auch in der Selbstwahrnehmung der HausbesetzerInnen. Gewalterfahrungen, anfangs meistens durch harte polizeiliche Räumungen und Auseinandersetzungen bei Demonstrationen ausgelöst, wurden schnell zu einem integralen Bestandteil der Szene.

»Militanz wurde zur Befreiung, zum Ventil für Wut und Frust, zum maskulinen Stolz, zur gefeierten Überwindung der Ängste. [...] Die Überwindung der Angst vor Repres-

56 Vgl. Anders, Freia (2010): Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre. In: Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, S. 473-498, hier S. 480f.

57 Vgl. Anders 2010, S. 482.

58 Vgl. Reichardt 2014, S. 553-555.

59 Vgl. Amann, Rolf (1985): Der moralische Aufschrei. Presse und abweichendes Verhalten am Beispiel der Hausbesetzungen in Berlin. Frankfurt a.M. u.a.: Campus.

sion und Gewalt wurde nicht selten auch als ideologische Auszeichnung betrachtet, denn der Radikalste galt mehr, er war ›überzeugter‹ als der Zögerliche und Abwägende.«⁶⁰

Insbesondere männliche Aktivisten nutzten diese Möglichkeit, um sich als heroische Straßenkämpfer zu inszenieren.

Gewalt war jedoch keineswegs unumstritten in der Hausbesetzerszene: Zum einen entwickelte sich bei aller Staatsverachtung und Militanz doch eine klare Abgrenzung vom Terrorismus. Auch wenn bei Auseinandersetzungen mitunter schwere Verletzungen zumindest in Kauf genommen wurden, so wurden doch gezielte Tötungen von Polizisten einhellig abgelehnt. Zum anderen entstand eine innerlinke, feministische Kritik an dem Gewaltfetisch der männlichen Aktivisten.⁶¹

In einem Interview Anfang der 1980er Jahre skizzierten AktivistInnen ihr Verhältnis zur Gewalt: Militanz wurde dabei als mehr oder weniger zwangsläufige Entwicklung dargestellt. Demonstrationen seien häufig mit Gewalt aufgelöst worden, TeilnehmerInnen würden so mit der Staatsgewalt konfrontiert und müssten sich im Anschluss überlegen, wie sie in Zukunft mit dieser Gefahr umgehen wollten. Entweder demonstrierte man nicht weiter – oder man war bereit, den nächsten Schritt zu gehen und selbst militante Mittel einzusetzen. Gleichzeitig wurde diese Entwicklung sehr kritisch gesehen, man wollte nicht in einen solchen Prozess hineingezwungen werden und fürchtete, auf diese Weise schrittweise in den Terrorismus gedrängt zu werden. Wenn man sich für Militanz entschloss, dann sollte dieser Prozess bewusst und reflektiert ablaufen. Auf diese Weise wurde Militanz sowohl als persönlicher Entwicklungsprozess als auch als Lernprozess dargestellt: Es sei klar, dass man anfangs noch zu viel Angst habe, man müsse erst mehr erleben, um eine solche Wut zu entwickeln, dass man selbst militant werde. Die Bewegung akzeptiere dies, gebe jedem diesen Freiraum und nehme die Ängste ernst.⁶²

Neben ihrer identitären Wirkung hatte die Militanz eine zweite wichtige Funktion: Sie generierte öffentliche Aufmerksamkeit für die Anliegen der BesetzerInnen. Während friedliche Besetzungen nur selten stark wahrgenommen wurden, brachten gewalttätige Eskalationen häufig einen immensen Anstieg von Interesse mit sich. Dies stärkte die Position der Radikalen innerhalb der Szene. Die durch Gewalt erzielte Aufmerksamkeit entpuppte sich allerdings zumeist als zweischneidiges Schwert, denn die Berichterstattung glich oft einer sensationsheischenden Kriegsberichterstattung. Die Hintergründe und tatsächlichen Ziele der BesetzerInnen spielten dabei nur selten eine Rolle.⁶³

Die Polizei und konservative politische Gruppierungen etablierten im Kontext von Besetzungen in der Folge einen Kriminalisierungsdiskurs, der Hausbesetzungen nicht mehr als ein politisches Problem darstellte, das dementsprechend politisch bearbeitet

60 Reichardt 2014, S. 563-565.

61 Vgl. Reichardt 2014, S. 568.

62 Vgl. Aust, Stefan; Rosenblatt, Sabine (1981): Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wie sie leben und wie sie leben wollen. Hamburg: Hoffmann und Campe, S. 118-122.

63 Vgl. Reichardt 2014, S. 564f.

und gelöst werden müsste, sondern als Straftat, der polizeilich zu begegnen sei. Dabei wurde nicht nur die strafrechtliche Dimension der Besetzungen betont (also Hausfriedensbruch und gegebenenfalls Diebstahl von Strom und Wasser), sondern auch die Auseinandersetzungen bei Räumungen und Demonstrationen, die zumindest teilweise auch durch ein dezidiert konfrontatives Vorgehen der Polizei provoziert wurden. Außerdem tauchten immer wieder die Vorwürfe auf, dass sich Mitglieder der RAF oder anderer terroristischer Gruppen in den besetzten Häusern aufhalten würden. Die politischen Forderungen der BesetzerInnen, ihre Ziele und die genauen Umstände ihrer Projekte wurden dadurch aus der Diskussion völlig ausgeblendet.⁶⁴

Die BesetzerInnen ihrerseits stellten die Staatsgewalt in den Mittelpunkt ihrer Kritik. Immer wieder wurden die Einsätze der Polizei skandalisiert. Spätestens nachdem im September 1981 bei Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei in Berlin der Hausbesetzer Klaus-Jürgen Rattay ums Leben gekommen war, entwickelte sich eine zynische, die PolizistInnen dehumanisierende Haltung in weiten Teilen der Szene. Die »Bullenschweine« wurden zum Feindbild, gewalttätige Gegenwehr erschien so geradezu geboten, zumal dies zur Aufdeckung der »brutalen Staatsgewalt« beitragen könne. Viele BesetzerInnen wähten sich als Opfer eines protofaschistischen Systems, das seine gewissenlosen Schlägertrupps einsetzte, um Kritik und Widerstand im Keim zu ersticken. Die Behörden sahen sich dagegen durch die Krawalle und die Gewalt unter Handlungszwang gesetzt und forderten ein zunehmend härteres Vorgehen gegen die BesetzerInnen. Spätestens jetzt hatte die Gewalterzählung ihr Muster und ihren Rhythmus gefunden; Gewalt und Gegengewalt legitimierten einander.⁶⁵

3.4 Die Autonomen

Für einen Teil der HausbesetzerInnen entwickelte Militanz eine herausragende Bedeutung, Konfrontationen mit der Staatsmacht wurden nicht nur in Kauf genommen, sondern aktiv gesucht. In den Auseinandersetzungen um besetzte Häuser formierte sich auf diese Weise eine neue Trägergruppe der Proteste, die sich weiter von dem alternativen Milieu der 1970er Jahre entfernte: die Autonomen.⁶⁶ Obgleich es signifikante Überschneidungen zwischen HausbesetzerInnen und Autonomen gab: Deckungsgleich waren beide Gruppen nicht. Die Autonomen waren immer nur ein Spektrum unter

64 Vgl. Anders 2010, S. 486–488. Vgl. zu dieser Entwicklung exemplarisch auch die Diskussionen um die Besetzungen in der Hamburger Hafenstraße in Abschnitt 3.5.1.

65 Vgl. Anders 2010, S. 489–491.

66 Vgl. Anders 2010. Vgl. zu den Autonomen außerdem Haunss, Sebastian (2004): *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Schultze, Thomas; Gross, Almut (1997): *Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen*. Hamburg: Konkret Literatur; Schwarzmeier, Jan (2001): *Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung*. Norderstedt: Books on Demand sowie Flesher Fominaya, Cristina (2015): *Autonomous Social Movements and the Paradox of Anti-identitarian Collective Identity*. In: Aidan McGarry und James M. Jasper (Hg.): *The Identity Dilemma. Social Movements and Collective Identity*. Philadelphia: Temple University Press, S. 65–84.

vielen in der Hausbesetzerszene, gleichzeitig waren Hausbesetzungen nicht das einzige Themenfeld, in dem Autonome aktiv wurden. Unter anderem bei Demonstrationen gegen Atomkraft, Aktionen gegen den Bau der Startbahn West in Frankfurt und der Kampagne gegen den IWF Kongress in Berlin 1988 brachten sich Autonome ein. In den 1990er Jahren engagierten sich viele autonome Gruppen insbesondere in antifaschistischen Initiativen, spätestens seit der Ministerkonferenz der Wirtschafts- und Handelsminister der WTO in Seattle 1999 und dem G8-Gipfel in Genua 2001 ist außerdem auch die Globalisierungskritik ein wichtiges Handlungsfeld der Autonomen.⁶⁷

Dennoch hatten Hausbesetzungen und Autonome eine besonders enge wechselseitige Beziehung zueinander: Die besetzten Häuser trugen als konkrete Räume, in denen man sich treffen und organisieren konnte, zur Bildung einer subkulturellen autonomen Szene bei. Diese Szene war wiederum gleichzeitig ein wichtiges Mobilisierungsreservoir für die BesetzerInnen. Die Autonomen schätzten die Freiräume in den besetzten Häusern, weil hier eine andere Lebensweise erprobt und die Revolutionierung der eigenen Lebensverhältnisse konkret begonnen werden konnte.⁶⁸ Gleichzeitig waren die Häuser für Autonome aber auch ein wichtiger Ausgangspunkt für weitergehende soziale Kämpfe. Dies und ihre Ablehnung von Kooperationen mit dem Staat, die sie zu einer fundamentalen Kritik an Legalisierungsbemühungen und Verhandlungen führte, brachten den Autonomen häufig den Vorwurf ein, dass ihnen der Kampf wichtiger sei als eine freie, selbstbestimmte und alternative Lebensweise.⁶⁹

War die Bezeichnung »autonom« anfangs noch von organisierten K-Gruppen mit abwertender Intention verwendet worden, eigneten sich die so kritisierten Gruppen den Begriff ab Anfang der 1980er Jahre als Selbstbezeichnung an. Charakteristisch für die autonomen Gruppen waren insbesondere die Ablehnung von festen Organisationsstrukturen und damit die Abgrenzung von den dogmatischen kommunistischen Gruppen dieser Zeit. Darüber hinaus lehnten sie die sogenannte Stellvertreterpolitik ab und propagierten eine Politik der ersten Person. Man wollte sich nicht zum Fürsprecher einer bestimmten minoritären Gruppe machen und deren Interessen vertreten, sondern die eigenen Bedürfnisse sollten das politische Handeln bestimmen. Die persönlichen sozialen Beziehungen (z.B. die Geschlechterverhältnisse) wurden politisiert und dabei der Anspruch formuliert, die geäußerte Kritik auch direkt im eigenen Alltag umzusetzen.⁷⁰ In der Politik der ersten Person wurden bestimmte Werte deutlich, die grundlegend für autonome Politikansätze waren, beispielsweise Authentizität, Anti-Autoritarismus und Subjektivismus. Gleichzeitig war es autonom denkenden Menschen dennoch möglich, in gesellschaftliche Konflikte einzugreifen: Durch den ebenfalls zentralen Wert der Solidarität war das Individuum mit der Gesellschaft verbunden. Entscheidend für das Aktivwerden war dann die Erkenntnis, dass es in be-

67 Für einen Überblick über die autonome Geschichte und ihre Themenfelder aus Sicht von Beteiligten vgl. A.G. Grauwacke (2003): *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*. Berlin: Assoziation A. sowie Geronimo (1992): *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen*: ein Abriss. Berlin: Edition ID-Archiv.

68 Vgl. Haunss 2004, S. 116f.

69 Vgl. Anders 2010, S. 494-497.

70 Vgl. Haunss 2004, S. 115-121.

stimmten Auseinandersetzungen auch um die eigenen Interessen ging.⁷¹ Ein weiterer verbindender Aspekt autonomer Gruppen war die ausgeprägte Nichtakzeptanz aller Formen von Staatlichkeit, die sich insbesondere in der Kritik am staatlichen Gewaltmonopol und der Polizei äußerte.⁷²

Militanz war eine weitere zentrale autonome Kategorie. In politischen Auseinandersetzungen mit dem Staat, aber auch mit anderen als feindlich wahrgenommenen Gruppierungen, beispielsweise bei Konfrontationen mit Nazis, wurden auch illegale und gewaltförmige Aktionen als legitim und geboten erachtet. Zum einen wurde Massenmilitanz als wichtige Gegenmacht begriffen, beispielsweise bei Demonstrationen und Straßenschlachten, zum anderen konnte Militanz auch ein individuelles Überzeugungs- und Organisationskonzept sein, z.B. bei klandestinen Sabotageaktionen.⁷³

Im Folgenden sollen drei Hausbesetzungen in Hamburg – die Hafenstraße, die Rote Flora und das Gängeviertel – genauer vorgestellt werden. Diese drei Fälle sind besonders zentrale Kristallisationspunkte der undogmatischen Linken in Hamburg, insbesondere die Rote Flora ist nach wie vor ein sogar bundesweiter Bezugspunkt für die linke Szene. Möchte man sich der undogmatischen Linken in der Hansestadt nähern, ist ein Zugang über diese räumliche Verankerung sinnvoll, denn konkrete, physische Räume sind für die Konstitution einer Szene, für die Kommunikation untereinander und damit letztlich auch für das vereinfachte Anstoßen von Lernimpulsen von entscheidender Bedeutung.

In allen drei Fällen handelt es sich außerdem um Besetzungen, die in ihrer ursprünglichen bzw. einer leicht modifizierten Form bis heute bestehen und die somit als erfolgreiche Aktionen gelten können. Somit bekommen die drei Projekte besondere Aufmerksamkeit innerhalb der Szene und könnten so zu besonders wichtigen Lernobjekten werden, an denen sich auch Bewegungen in anderen Städten orientieren. Tatsächlich sind alle drei bundesweit bekannte Projekte, die nicht nur während ihrer Entstehung, sondern auch weit darüber hinaus überregionale Aufmerksamkeit bekommen haben und zu wichtigen Anlauf- und Bezugspunkten der linken Szene geworden sind. Es ist also anzunehmen, dass sie auch für die gesamtdeutsche Szene wichtige Impulse liefern und durch die hervorragende Vernetzung mit Projekten in anderen Städten gleichzeitig Entwicklungen außerhalb Hamburgs aufnehmen und reflektieren.

3.5 Hausbesetzungen in Hamburg

3.5.1 Die Hafenstraße

Die Geschichte von Hausbesetzungen in Hamburg begann, parallel zu den Entwicklungen in anderen bundesdeutschen Städten, bereits in den 1970er Jahren.⁷⁴ Allerdings galt

71 Haunss 2004, S. 143–145.

72 Vgl. Anders 2010, S. 492–494.

73 Vgl. Anders 2010, S. 496.

74 Eine (unvollständige) Auflistung der besetzten Objekte findet sich bei Prömmel, Erdmann (2013): Hausbesetzungen in Hamburg. Eine Einleitung. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 23–31.

in Hamburg jahrelang das Prinzip, dass Besetzungen innerhalb der ersten 24 Stunden von der Polizei geräumt werden sollten – auf diese Weise kam die Besetzungsbewegung in der Hansestadt längere Zeit nicht über symbolische und vor allem kurzlebige Aktionen hinaus. Ändern sollte sich dies erst Anfang der 1980er Jahre, als eine Handvoll zum Abriss vorgesehene Häuser in der Hafenstraße im Stadtteil St. Pauli zunächst heimlich und unbemerkt besetzt wurde. Mit der anfänglichen Ruhe sollte es allerdings schnell vorbei sein; innerhalb weniger Jahre wurde die Hafenstraße zu einem Konflikt, der nicht nur die hamburgische Stadtöffentlichkeit in Atem hielt, sondern bundesweite Resonanz provozierte.

Bei all der medialen und öffentlichen und staatlichen Aufmerksamkeit, die sich auf das Wohnprojekt richtete, konnte man beinahe übersehen, dass es sich lediglich um acht Häuser handelte und dass selbst zu Hochzeiten der Auseinandersetzungen nicht mehr als knapp hundert Menschen in ihnen wohnten.⁷⁵ Insofern liegt auf der Hand, dass es in den Konflikten, die sich um die Hafenstraße entwickelten, immer um mehr ging als »nur« um die Frage, ob die Häuserzeile abgerissen werden solle oder nicht. Vielmehr wurde hier verhandelt, ob es möglich sei, die Vorstellungen eines alternativen Lebens mitten in einer an kapitalistischer Verwertbarkeit orientierten Stadt notfalls auch gegen das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen.

Anfang der 1980er Jahre wurde der Hamburger Stadtteil St. Pauli von einer Entwicklung erfasst, die man damals als »Umstrukturierung« bezeichnete – heute hat sich der Begriff der Gentrifizierung sowohl in wissenschaftlichen Debatten als auch in der öffentlichen Diskussion durchgesetzt. Im Kern bezeichnen allerdings beide Begriffe dasselbe Phänomen: eine Aufwertung von Stadtquartieren und die damit zumeist verbundene Verdrängung der angestammten Bevölkerungsschichten. St. Pauli war zu diesem Zeitpunkt ein Brennpunkt der Umgestaltung der Hamburger Innenstadt, die sich stark auf die Gebiete in Hafennähe konzentrierte. Einerseits sollte der relativ heruntergekommene Altbaubestand saniert werden, andererseits erhoffte man sich durch eine Aufwertung des Hafens auch, eine repräsentative Visitenkarte Hamburgs als »Tor zur Welt« zu schaffen – ein Plan übrigens, der schon im Dritten Reich diskutiert worden war.⁷⁶ Konkret äußerte sich das Vorhaben u.a. in der Umgestaltung des Fischmarktes, des Elbufers und der Elbuferstraße zu einer Flaniermeile. Auch die Hafenrandstraße sollte neugestaltet werden, an der Stelle der sanierungsbedürftigen Altbauhäuser sollte

75 In dem Sammelband von Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo erinnern sich einige (ehemalige) BewohnerInnen an die Anfangsjahre der Hafenstraße, vgl. dazu Annette (2013): Was hält mich hier bloß? In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 185-188 und Uwe (2013): Musik in der Hafenstrasse – wie alles anging. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 229-241.

76 Vgl. Herrmann, Michael (1987): »Hafenstrasse«. Chronik und Analysen eines Konflikts. Hamburg: Verlag am Galgenberg u.a. sowie Grolle, Joist (2005): Der Hamburger Hafenstraßenkonflikt und der Geisterkrieg um die Vergangenheit. In: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* (91), S. 133-158.

ein Bürokomplex entstehen, der ursprünglich für die Firma Tchibo, später dann für das Verlagshaus Gruner + Jahr vorgesehen war.⁷⁷

Insbesondere aufgrund der massiven Ablehnung durch die Anwohnerschaft entschieden sich aber schließlich beide Firmen gegen eine Ansiedlung am Hafen. Die Folge dieser Entscheidungen war eine völlig unübersichtliche Situation: Da die Stadt von einem Abriss der Häuser ausgegangen war, hatte sie die Häuser (die sich im Besitz der Wohnungsbaugesellschaft SAGA befanden) bereits nach und nach weitgehend entmietet und verfallen lassen. Als sich die Verhandlungen immer weiter verzögerten, war allerdings begonnen worden, die Objekte teilweise wieder nutzen zu lassen. Beispielsweise wurden einzelne Wohnungen über das Studentenwerk an Studierende vermietet, wobei stets auf möglichst kurze Laufzeiten der Verträge und kurze Kündigungsfristen geachtet wurde. Nach dem Scheitern der Verhandlungen war die Situation an der Hafenstraße daher doppelt unsicher: Einerseits hatte die Stadt Hamburg nun kein Konzept mehr, wie sie die Häuserzeile zukünftig nutzen wollte; andererseits war die gegenwärtige Nutzung der Häuser kaum noch überschaubar. Durch eine wilde Mischung von regulären AltmieternInnen, legaler Nutzung und offizieller Unbewohnbarkeit hatte die SAGA den Überblick verloren, welche Wohnungen von wem auf welche Art genutzt wurden. So erklärt sich, dass die schleichende Besetzung von leerstehenden Wohnungen zunächst völlig unbemerkt blieb. Als die BesetzerInnen ihr Vorgehen am 02. März 1982 schließlich selbst publik machten, führte diese Gemengelage zu einem unerwarteten Novum: Die Besetzungen wurden vorläufig toleriert, die BesetzerInnen als vorübergehende WohnungsnutzerInnen akzeptiert. Über die Zukunft der Hafenstraße begannen allerdings sofort kontroverse Diskussionen: Eine Nutzung als Wohnraum wollte die Stadt nur für fünf der acht Häuser in Erwägung ziehen, drei Häuser (wegen der auf »sechs« endenden Hausnummern oft als »6er-Häuser« bezeichnet) sollten aufgrund ihrer angeblichen Unbewohnbarkeit abgerissen und durch neue Mietshäuser ersetzt werden.⁷⁸

Umstritten blieb die Hafenstraße trotz ihrer Tolerierung, denn schon seit Bekanntwerden der Besetzung wurden Stimmen laut, die die Hafenstraße als ein Thema der inneren Sicherheit behandeln wollten: Einerseits wurde die Illegalität der Besetzung beklagt, andererseits wurde den BewohnerInnen ein immenses Gewaltpotenzial zugeschrieben.⁷⁹ Spätestens als in der Nacht vom 26. auf den 27. September 1982 zwei Bewohner der Hafenstraße bei einer Kontrolle mit Molotowcocktails im Kofferraum angehalten wurden, verschob sich die Wahrnehmung der BesetzerInnen auch in der

77 Vgl. Lehne, Werner (1994): Der Konflikt um die Hafenstraße. Kriminalitätsdiskurse im Kontext symbolischer Politik. Pfaffenweiler: Centaurus, S. 67f.

78 Vgl. zur Entwicklung der Hafenstraße auch Prömmel, Erdmann (2013): »Hamburgs größtes Problem« oder wer war Hermann Nyenkerken? In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 189-207, hier S. 194-203 sowie Borgstede, Simone (2013): Der Kampf um das Gemeinsame: St. Pauli Hafenstraße. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 105-157.

79 Vgl. Küllmer, Hella (2013): Zusammen leben, zusammen kämpfen. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 75-89, hier S. 79f.

Medienberichterstattung deutlich: Nun war nicht mehr von »studentischen Wohngemeinschaften« die Rede, sondern von »Linksradikalen und Anarchos«.⁸⁰ Ebenfalls wurde kritisiert, dass die BesetzerInnen nun Wohnungen in bester Lage mietfrei bewohnen dürften, und sie wurden als »Schmarotzer« bezeichnet.⁸¹ Auch diese Vorwürfe angeblicher Privilegien, die Neid und Missgunst schürten, sollten im weiteren Verlauf des Konflikts immer wieder aufgegriffen werden.⁸²

Anfangs wurde über die Hafenstraße dennoch zumeist in einem sanierungs- und wohnungsbaupolitischen Kontext debattiert, drängende Fragen waren die oft als bürgerfeindlich wahrgenommene Umstrukturierung der innenstädtischen Quartiere, das Verschwinden von bezahlbarem Wohnraum und die Verdrängung der angestammten Bevölkerungsschichten. Die parallele Diskussion über die Hafenstraße als Kriminalitätsphänomen konnte zunächst nicht viel Aufmerksamkeit erzeugen.

Zunächst konnten die BesetzerInnen Ende 1983 auf drei Jahre befristete Einzelmietverträge abschließen. Als Gegenleistung für die stark herabgesetzten Mieten verpflichteten sie sich, Renovierungsarbeiten selbst zu erbringen, zum Teil sogar auf eigene Kosten. In den folgenden Jahren sollte dieser Punkt immer wieder zu Eskalationen führen, sei es, weil es Unstimmigkeiten über die eigentlich in Aussicht gestellten Finanzierungshilfen der Stadt gab, oder sei es, weil die Begutachtungen der Fortschritte durch die Behörden zu Streit führten. Häufig wurde den städtischen Angestellten der Zutritt zu den Häusern verwehrt, weil die BewohnerInnen vermuteten, dass man ohnehin nur die bereits beschlossene Unbewohnbarkeit der Häuser offiziell bestätigen wollte. Neben den versuchten Begehungen der Häuser entwickelten sich die Teilräumungen einzelner Wohnungen zu wichtigen Konfliktanlässen.⁸³ Dabei kam es mehrfach zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen der Polizei und den BewohnerInnen sowie UnterstützerInnen.

Zwischen 1984 und 1986 wurde immer wieder intensiv über eine mögliche Räumung diskutiert, gleichzeitig gewann der Diskursstrang über die Hafenstraße als rechtsfreier Raum zunehmend an Bedeutung. Der SPD-geführten Regierung in Hamburg wurde von der Opposition Untätigkeit und Inkompetenz vorgeworfen. Die Polizei sei nicht mehr in der Lage, für Recht und Ordnung in der Stadt zu sorgen, weil immer wieder Straftaten aus den Häusern heraus verübt würden und nicht konsequent verfolgt werden könnten, da man eine gewalttätige Eskalation befürchte und diese verhindern wolle.

Die sogenannte Blitzlichtaffäre⁸⁴ im August 1985 war in vielerlei Hinsicht ein typisches Beispiel für die Dynamik des damaligen Konfliktverlaufes: Nachdem ein Streifenwagen durch ein Blitzlicht aus einem Haus der Hafenstraße heraus geblendet worden war, versuchten die Beamten, die Personalien der Fotografen festzustellen. Der Einsatz eskalierte innerhalb weniger Minuten, wobei zeitgenössische BeobachterInnen

80 Vgl. Lehne 1994, S. 89f.

81 Vgl. ebd.

82 Vgl. Lehne 1994, S. 87-89.

83 Vgl. Lehne 1994, S. 105-112.

84 Vgl. Herrmann 1987, S. 61-75.

aus dem linken Spektrum vermuteten, dass der ausufernde Polizeieinsatz bereits von langer Hand vorbereitet worden sein musste.⁸⁵

1985 kam mit dem Vorwurf, dass BewohnerInnen der Hafenstraße engen Kontakt zur RAF pflegen würden, ein weiterer Strang des Kriminalitätsdiskurses hinzu. Die BewohnerInnen wurden so in den Kontext des Linksterrorismus eingeordnet, was die SPD-Regierung unter zusätzlichen Handlungsdruck setzte. Tatsächlich bildete sich im Laufe des Jahres auch bei den Sozialdemokraten der Eindruck heraus, dass die Hafenstraße in erster Linie ein Kriminalitätsproblem sei. Eine schnelle Räumung wurde daher auch für die SPD attraktiv, anders als die CDU betonte sie aber die rechtsstaatlichen Grenzen eines solchen Vorhabens: Nur weil man einigen BewohnerInnen Straftaten vorwerfe oder sogar nachweisen könne, rechtfertige dies nicht automatisch eine Kündigung der Wohnung. Auch anderen StraftäterInnen würde man ja nicht automatisch das Recht verweigern, eine bestimmte Wohnung nutzen zu dürfen. Für die SPD blieben die strafrechtlich relevanten Vorfälle im Kontext der Hafenstraße ein in erster Linie polizeilich lösbares Problem, das kein besonderes Eingreifen des Senats erforderte.

Im Laufe des Jahres 1986 verschärfte die SPD allerdings die eigene Linie in Bezug auf die Hafenstraße: Bausenator Eugen Wagner kündigte beispielsweise im hamburgischen Wahlkampf an, die 6er-Häuser nach dem Auslaufen der Mietverträge Anfang 1987 abreißen zu wollen. Innensenator Alfons Pawelczyk wollte ebenfalls Stärke beweisen und veranlasste daher größere Polizeiaktionen und Teilräumungen. Auch hier folgte die Konfliktdynamik einem einfachen Muster: Ein größerer Polizeieinsatz führte zu heftiger Gegenwehr der BewohnerInnen, der Einsatz eskalierte, woraufhin ein noch härteres Vorgehen gegen die Hafenstraße gefordert wurde.

Gegen Ende des Jahres 1986 etablierte sich jedoch eine neue Sichtweise auf die Hafenstraße: Nun wurde das Wohnprojekt als schützenswertes Modell alternativen Lebens dargestellt. An dieser Umdeutung beteiligten sich u.a. linke politische Parteien wie die GAL, die Jusos und linke Teile der Sozialdemokratie (beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen), aber auch zivilgesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft oder die Kirchengemeinde St. Pauli Süd.⁸⁶ Öffentlich stark wahrgenommen wurde auch ein Aufruf verschiedener Prominenter, den beispielsweise Erich Fried, Alexander Kluge, Wolf Biermann und Dorothee Sölle unterzeichneten. Insbesondere die *taz* sorgte für eine mediale Verbreitung dieser Sichtweise.⁸⁷ Der Konflikt wurde so zu einer Auseinandersetzung zwischen einem bevormundenden und normierenden Staat und den nach Freiheit strebenden BewohnerInnen. Reaktionen der Polizei wurden in dieser Lesart von einer notwendigen Antwort auf kriminelle Devianz zu einem Zeichen verfehlter Politik, die selbst eine Eskalation der Ereignisse provoziere.⁸⁸ Flankiert wurde diese Sichtweise durch einen Diskurs,

85 Vgl. Herrmann 1987, S. 61–75.

86 Vgl. Lehne 1994, S. 120–123. Vgl. zu den unterschiedlichen UnterstützerInnen-Gruppen auch Prömmel 2013, S. 192f.

87 Vgl. dazu Lehne 1994, S. 126.

88 Vgl. zu dieser Lesart beispielhaft den Minderheitenbericht im Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, wo u.a. von »zahlreichen Behördenschikanen«, »sittenwidrigen Mietverträgen« oder »staatlicher Willkür« zu lesen ist. Der Senat habe versucht, »mit Gewaltmaß-

der insbesondere die Herstellung des inneren Friedens in der Stadt in das Zentrum des öffentlichen Interesses rückte: Die Regierung war in dieser Lesart gefordert, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Konflikt möglichst schnell zu befrieden; so wurde eine polizeiliche Lösung des Problems wieder durch eine politische Auseinandersetzung ergänzt.⁸⁹ Eine solch kritische Sichtweise auf das staatliche Handeln wurde von immer mehr politischen Akteuren formuliert, so waren nicht mehr nur die *taz* und linke Gruppierungen Träger des Solidarisierungsdiskurses, sondern auch einige Kirchengemeinden, Gewerkschaften und sogar die Jusos und der linkere Flügel der SPD.

Auch die immer wieder aufkommenden Warnungen vor einem drohenden »Bürgerkrieg«, der im Falle einer Räumung zu erwarten sei, verschoben den Diskurs in eine staatskritischere Richtung. Insbesondere (hohe) Kirchenvertreter setzten sich für eine friedliche Lösung des Konflikts ein und warnten wiederholt davor, die Gewalt eskalieren zu lassen.⁹⁰ Im Falle von Bürgerkriegen funktioniert die Darstellung des Handelns einer Seite als kriminelles Verhalten nicht mehr. Stattdessen stehen sich üblicherweise zwei divergierende gesellschaftliche Lager gegenüber. Vom Staat wird in solchen Fällen nicht erwartet, den Krieg zu gewinnen, sondern ihn, wenn irgend möglich, zu verhindern. Der Ausbruch eines Bürgerkrieges wäre also immer ein Zeichen staatlichen Versagens, die friedliche Beilegung des Konflikts würde auf diese Weise zu einer Handlungsoption, die nicht als Niederlage anzusehen wäre, sondern auf positive öffentliche Resonanz stoßen würde.⁹¹

Nachdem die Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftswahl 1986 ihre absolute Mehrheit verloren hatten und die FDP als möglicher sozialliberaler Koalitionspartner an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, mäßigte die SPD ihren Ton gegenüber der Hafenstraße wieder spürbar. Eine Räumung vor Ende der Mietverträge wurde ausgeschlossen, immer wieder wurden Bemühungen gestartet, eine friedliche Lösung des Konflikts vorzubereiten. Auf diese Weise sollte auch eine wichtige Hürde auf dem Weg zu Koalitionsverhandlungen mit der GAL genommen werden. In der öffentlichen Diskussion wurden die Pole »Recht vs. Unrecht«, die die Debatte längere Zeit geprägt hatten, immer häufiger von den Polen »Frieden vs. Unfrieden« bzw. »gewaltfreie Lösung vs. Gewalt« überlagert. Die Frage lautete mit Blick auf die auslaufenden Mietverträge, ob es beiden Seiten gelingen würde, einen friedlichen Kompromiss auszuhandeln, oder ob die Situation vollends eskalieren würde.⁹²

Das Jahr 1987 markierte den vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzung⁹³, gipfelte aber schließlich in einer Befriedung der Situation, was je nach Standpunkt wahlweise als »Wunder von Hamburg« oder Zurückweichen des Staates vor der Gewalt der

nahmen ein soziales und politisches Problem im wahrsten Sinne des Wortes zu erschlagen und aus der Realität der Stadt zu eliminieren«. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Hafenstraße (1988): Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Hafenstraße (Drucksache 13/2799). Hamburg, S. 124. Vgl. außerdem Lehne 1994, S. 70-72.

89 Vgl. Lehne 1994, S. 120-123.

90 Vgl. Lehne 1994, S. 129-131.

91 Vgl. Lehne 1994, S. 245f.

92 Vgl. Lehne 1994, S. 129-131.

93 Vgl. auch die Erinnerungen einer ehemaligen Bewohnerin an dieses Jahr: Stutzmann, Susanne (2013): 1987. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 163-167.

Straße bewertet wurde.⁹⁴ Nach dem Auslaufen der Mietverträge war eine Räumung zu einer allgegenwärtigen Option geworden, die angesichts des Scheiterns von Verhandlungen über die zukünftige Nutzung der Häuser kurz bevorzustehen schien. Ein Vermittlerkreis, bestehend u.a. aus dem ehemaligen GAL-Bürgerschaftsabgeordneten Michael Herrmann, dem Pastor Christian Arndt und dem Hamburger Mäzen Jan Philipp Reemtsma, hatte zwar die Idee einer Privatisierung der Häuser entwickelt – und im Mai stand mit Reemtsma selbst auch ein potenzieller Käufer zur Verfügung –, allerdings verzögerten sich die Verhandlungen durch die erneute Bürgerschaftswahl im Mai 1987, bei der der FDP der Wiedereinzug glückte und so eine sozialliberale Koalition möglich wurde. Reemtsma zog sein Angebot schließlich Anfang Juli entnervt zurück, eine Privatisierung des Konflikts war somit keine Option mehr.⁹⁵

Nach einem bereits deutlich angespannten Sommer spitzte sich die Lage im Herbst des Jahres 1987 abermals zu. Im Oktober beschloss der Senat einen Vertragsentwurf, der zwar eine weitere Nutzung der Häuser ermöglichte, aber von den BewohnerInnen als »Knebelvertrag« abgelehnt wurde. Kritisiert wurden insbesondere ein Ultimatum zum Abbau von Befestigungen wie Stahltüren und Pollern, die im Laufe des Jahres aus Angst vor einer Räumung errichtet worden waren, und ein Sonderkündigungsrecht, falls Straftaten aus den Häusern heraus verübt würden. Als Ende Oktober das Ultimatum zum Abbau der Befestigungen auslief, bereiteten sich die BewohnerInnen und eine größere Zahl von UnterstützerInnen durch den Bau von Barrikaden auf die Verteidigung der Häuser und mögliche Auseinandersetzungen mit der Polizei vor.

Die äußerst angespannte Lage konnte erst durch den persönlichen Einsatz des Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi entschärft werden. Da sich die BewohnerInnen weigerten, die Barrikaden bereits vor dem Abschluss des Vertrags abzubauen, verpfändete er sein Amt als Garantie, dass die Stadt sich auch danach an die Abmachung halten werde. Tatsächlich entschlossen sich die BewohnerInnen nach langen kontroversen Diskussionen letztendlich dazu, die Barrikaden aufzulösen. Damit war der Weg zu einer friedlichen Lösung des Konflikts frei. Im November 1987 wurde schließlich ein Pachtvertrag mit dem neu gegründeten Verein Hafenstraße abgeschlossen, der wiederum die Wohnungen an die einzelnen BewohnerInnen untervermietete. Doch auch der Sichtweise auf die Hafenstraße als Kriminalitätsphänomen wurde Rechnung getragen, weshalb sich u.a. eine Klausel im Pachtvertrag fand, die eine außerordentliche Kündigung ermöglichte, wenn aus den Häusern heraus Straftaten begangen würden.⁹⁶

Der Pachtvertrag führte in den Folgejahren zunächst zu einer deutlichen Entspannung und Beruhigung der Situation, auch wenn es sporadisch immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und linken AktivistInnen im Umfeld der Hafenstraße kam. 1990 führten diese Vorfälle allerdings zu Abmahnungen und schließlich zur Kündigung des Pachtvertrages. Mehrere Jahre wurde der Fall vor Gericht verhandelt, weil

94 Vgl. Schubert, Dirk (1990): Gretchenfrage Hafenstraße. Wohngruppenprojekte in Hamburg. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3 (4), S. 35-43, hier S. 40f. Zur Rezeption der Lösung des Konflikts vgl. außerdem Lehne 1994, S. 138.

95 Vgl. Herrmann 1987, S. 228-230.

96 Vgl. den Pachtvertrag, abgedruckt in: Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Hafenstraße 1988, S. XLVII–LII.

beispielsweise unklar war, ob die UntermieterInnen besondere Schutzrechte geltend machen konnten. 1993 wurde die Kündigung schließlich rechtmäßig; ein Jahr später bot allerdings der Bürgermeister Voscherau an, auf eine Räumung der Häuser zu verzichten, wenn dafür die geplante Bebauung eines Nachbargrundstücks akzeptiert würde. Nach dieser Abmachung wurden die Häuser 1995 von der Stadt an die Genossenschaft »Alternativen am Elbufer« verkauft, womit der Konflikt endgültig entstaatlicht wurde.

Strukturierend für die Diskussionen um die Hafenstraße war insbesondere der Kriminalitätsvorwurf – die Angst vor der Entstehung von »rechtsfreien Räumen«, vor denen insbesondere die CDU beharrlich warnte, und der Wunsch, als Staat Handlungsfähigkeit und Stärke zu beweisen, waren maßgeblich bedingt durch die (unterstellte) Kriminalität der BesetzerInnen. Insofern lohnt es sich, noch einmal genauer auf den Themenkomplex Kriminalität und Gewalt zu schauen. War die Hafenstraße tatsächlich ein Ausgangspunkt von Straftaten und linksradikaler Gewalt?⁹⁷

Um diese Frage zu beantworten, müssen vor allem die Dynamik der Berichterstattung über die Hafenstraße sowie das Verhalten der einzelnen Akteure im Konflikt berücksichtigt werden. Denn auch wenn unstrittig ist, dass die BewohnerInnen der Hafenstraße gegen Gesetze verstießen, hing die Art und Weise, wie darüber gedacht und geredet wurde, welches Ausmaß der Bedrohung man fürchtete und welche Bedeutung man den Vorfällen beimaß, ganz entscheidend von einer Reihe weiterer Faktoren ab. Zunächst muss der besonders scharfe Blick, den die Polizei auf die Hafenstraße richtete, erwähnt werden. Die vermehrte Streifentätigkeit und die intensive Beobachtung der Häuser führten automatisch zu einer vermehrten Wahrnehmung von Kriminalität – beispielsweise bei Drogendelikten, die normalerweise häufig übersehen werden. Dazu kam eine besonders aktive Pressepolitik in Bezug auf die Hafenstraße, sodass auch die Medien gerne und häufig über die Kriminalität im Umfeld der Häuser berichteten.

Hinzu kommt die konstruktivistische Dimension von Kriminalität: Wenn bei Wohnungsdurchsuchungen beispielsweise Drähte und ein Feuerlöscher sichergestellt werden, wäre dies in den meisten Fällen wohl kein besonderes Verdachtsmoment. Anders in der Hafenstraße, wo die Polizei in solchen Gegenständen Baumaterial für Molotowcocktails erkannte.⁹⁸ Auch die Zuordnung von Straftaten im Umfeld der Häuser zu den BewohnerInnen war nicht immer eindeutig. Selbst in Fällen, in denen sich TäterInnen auf der Flucht in die Häuser zurückzogen, muss dies nicht automatisch heißen, dass es sich tatsächlich um BewohnerInnen handelte.⁹⁹ Es wird also deutlich, dass die scheinbar höhere Kriminalitätsrate in der Hafenstraße nicht so eindeutig war, wie es manchmal schien.

Anders verhält es sich auf den ersten Blick bei den Konfrontationen zwischen BewohnerInnen, UnterstützerInnen und der Polizei im Zuge von Hausbegehungen, Teilräumungen oder Demonstrationen. Regelmäßig wurde die Hafenstraße offenkundig

97 Einen Überblick über Straftaten findet sich im Parlamentarischen Untersuchungsbericht zur Hafenstraße von 1988, vgl. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Hafenstraße 1988, hier S. 46–48.

98 Vgl. Lehne 1994, S. 89–94.

99 Vgl. Lehne 1994, S. 139–141.

zu einem Ort, von dem Unruhe und Gewalt gegen PolizistInnen ausging.¹⁰⁰ Doch auch in diesem Kontext lohnt ein genauerer Blick auf die Eskalationsdynamiken. In den meisten Fällen eskalierten polizeiliche Großeinsätze, bei denen beispielsweise staatliche Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden sollten oder bestimmten unerwünschten Personen Zugang zu den Wohnungen verschafft wurde. Meistens handelte es sich dabei um GutachterInnen der Stadt, die den Fortschritt der Sanierungen beurteilen sollten und denen von den BewohnerInnen Parteilichkeit vorgeworfen wurde. Oft konnten solche Begehungen nur mit massiver polizeilicher Begleitung durchgeführt werden. Der Staat setzte in diesen Fällen zur Durchsetzung seiner Interessen auf Zwangsmittel und Gewalt, was häufig zu Gegengewalt der BewohnerInnen führte. Allerdings müssen sich in einer solchen Konstellation beide Konfliktpartner aktiv dazu entscheiden, den Konflikt auf einer gewaltsamen Ebene auszutragen. Auch der Staat hatte bei der Wahl seiner Mittel die Möglichkeit, auf Deeskalation zu setzen. Wenn er sich dazu entschloss, Zwangsmittel einzusetzen, tat er dies im Bewusstsein, damit möglicherweise eine weitergehende Eskalation auszulösen.

Dieser Umstand war den staatlichen Stellen bewusst: Mehrfach wurde auf bestimmte Maßnahmen verzichtet, um den Konflikt nicht weiter anzuheizen. So ließ sich die Stadt teilweise auf die Benennung eigener GutachterInnen durch die BewohnerInnen ein, anstatt die Begehung gewaltsam zu erzwingen. In anderen Fällen vermieden die BewohnerInnen eine weitergehende Eskalation, indem sie ihre Wohnungen vor einer geplanten Begutachtung verließen.¹⁰¹ In anderen Fällen war dies aber eindeutig nicht der Fall, im Gegenteil: In einigen Situationen wirkten die polizeilichen Einsätze politisch motiviert (teilweise wurde Teilräumungen im Nachhinein gerichtlich für unzulässig erklärt) und eine Eskalation der Ereignisse wurde bereitwillig in Kauf genommen oder sogar provoziert.¹⁰² So wurde beispielsweise häufig von unnötiger Brutalität der PolizistInnen bei Wohnungsbegehungen und Räumungen berichtet, in deren Zuge gezielt persönliche Gegenstände der BewohnerInnen zerstört oder Räume durch Pfefferspray kurzfristig unbewohnbar gemacht wurden.¹⁰³ Gleichzeitig fanden immer wieder durchaus einvernehmlich durchgeführte Begehungen statt, bei denen beispielsweise ein eigener Gutachter der BewohnerInnen anwesend war und die in der Folge völlig gewaltfrei abliefen. Auch der Staat hatte also einen offensichtlichen Entscheidungsspielraum, den er in etlichen Fällen jedoch für ein konfrontatives Vorgehen und eine mögliche Eskalation nutzte.¹⁰⁴

100 Insbesondere das Jahr 1986 war durch solche Konflikte im Anschluss an polizeiliche Großeinsätze geprägt: Allein im August 1986 wurden sechs staatliche Maßnahmen (wie Teilräumungen oder Hausbegehungen) polizeilich durchgesetzt, teilweise führten diese Einsätze zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Vgl. dazu auch Herrmann 1987, S. 194-199.

101 Vgl. Lehne 1994, S. 146-148.

102 Vgl. Lehne 1994, S. 143-148. Vgl. dazu auch die Ergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses: Parlamentarischer Untersuchungsausschuß Hafenstraße 1988.

103 Insbesondere einige Räumungen im Oktober 1986, bei denen Einrichtungsgegenstände von der Polizei zerstört und entsorgt wurden, erfuhren breitere Aufmerksamkeit u.a. weil der GAL-Abgeordnete Herrmann bei der Räumung anwesend war und die Polizei danach für ihr hartes Vorgehen öffentlich kritisierte. Vgl. Lehne 1994, S. 120f.

104 Vgl. Lehne 1994, S. 143-147.

Mit dieser Einordnung der Kriminalität und der Gewalt im Umfeld der Hafenstraße steht die Frage nach der Funktion der Kriminalisierung im Raum. Was waren die Konsequenzen, wenn die Hafenstraße als rechtsfreier Raum, als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt wurde? Durch die überwiegende Rahmung der Hafenstraße als Kriminalitätsphänomen in den Massenmedien (mit Ausnahme der *taz*¹⁰⁵) wurden die BewohnerInnen zunächst auf ihre Eigenschaft als StraftäterInnen reduziert. Dies ermöglichte weitergehend, ihre politischen Forderungen und Anliegen aus der öffentlichen Diskussion auszuklammern. StraftäterInnen gelingt es nur selten, als TrägerInnen legitimer politischer Interessen wahrgenommen zu werden; sie werden stattdessen zumeist als nicht verhandlungsfähig eingestuft. Der Staat muss sich also nicht politisch mit ihnen auseinandersetzen, sondern er ist gefordert, ihnen polizeilich zu begegnen und die BürgerInnen möglichst effizient vor ihnen zu schützen.¹⁰⁶

Letztlich scheiterte eine solche Entpolitisierung des Konflikts im Falle der Hafenstraße jedoch. Einerseits lag dies an den Bemühungen der BewohnerInnen selbst, die ihr eigenes Handeln immer explizit politisch verstanden – auch da, wo Außenstehende lediglich Straftaten erkennen konnten (z.B. beim Aufbrechen von Autos etc.). Andererseits war es aber insbesondere der Kreis von UnterstützerInnen, die nicht nur die BewohnerInnen als TrägerInnen legitimer politischer Forderungen anerkannten, sondern die darüber hinaus auch den bereits erwähnten Gegendiskurs etablierten, der die Hafenstraße zu einem Versuchsraum alternativer Lebensführung umdeutete und damit einen ausschließlichen polizeilichen und repressiven Umgang des Staates mit der Besetzung letztlich unmöglich machte.¹⁰⁷ Die Hafenstraße war durch diesen Gegendiskurs nicht mehr eine Besetzung unter vielen, sondern sie wurde zu einem symbolischen Ort von grundsätzlichen Fragen nach der Beziehung von Staat und Gesellschaft. Nicht mehr das konkrete Handeln der BewohnerInnen stand nun im Fokus, sondern die Frage danach, ob der Staat alternative Formen des Zusammenlebens tolerieren kann oder bekämpfen muss. Diese Abstrahierung des Konflikts verbreiterte auch das Unterstützungspotenzial der BesetzerInnen enorm, weil es auf diese Weise möglich wurde, sich in den Konflikt einzumischen und Position für die Hafenstraße zu ergreifen, ohne sich im Einzelnen mit allen Positionen der BesetzerInnen solidarisieren zu müssen.¹⁰⁸

Die Repolitisierung des Konflikts führte schließlich dazu, dass die Hafenstraße wieder zu einem Gegenstand politischer Diskussionen wurde und der Konflikt letztendlich bis auf Weiteres friedlich gelöst werden konnte. Allerdings – und auch das zeigt das Beispiel Hafenstraße – bedeutete das nicht automatisch, dass die Forderungen der BewohnerInnen langfristig Gehör fanden oder eine erneute Kriminalisierung ausgeschlossen wäre.¹⁰⁹

105 Allerdings war das Verhältnis zwischen *taz* und Hafenstraße nicht ohne Brüche. So druckte die *taz* 1985 ein Interview mit dem Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten Lochte ab, das von BewohnerInnen und UnterstützerInnen als Entsolidarisierung und Vorbereitung einer Räumung interpretiert wurde. Als direkte Reaktion wurden die Redaktionsräume der *taz* von AktivistInnen besetzt und teilweise verwüstet. Vgl. dazu Küllmer 2013, S. 87.

106 Vgl. Lehne 1994, S. 247-257.

107 Vgl. Lehne 1994, S. 242-244.

108 Vgl. Lehne 1994, S. 153.

109 Vgl. Lehne 1994, S. 246.

3.5.2 Die Rote Flora

Parallel zur allmählichen Befriedung der Hafenstraße, die die Hamburger Öffentlichkeit über Jahre in Atem hielt, entwickelte sich nur wenige Kilometer entfernt im sogenannten Schanzenviertel ein weiterer Brennpunkt sicherheitspolitischer Bedenken – die Rote Flora.

Bereits 1987 war der Plan entstanden, das leerstehende historische Flora-Theater im Schanzenviertel zu einem großen Musical-Theater umzubauen – das »Phantom der Oper« sollte regelmäßig ca. 2.000 ZuschauerInnen anlocken und das kulturelle Profil der Hansestadt weiter schärfen. Im Januar 1988 einigte sich die Stadt mit dem Investor Friedrich Kurz über die Details des Millionenprojekts, der Umbau sollte zügig vorangehen, sodass die Eröffnung des Theaters bereits für Mai 1989 vorgesehen war. Allerdings wuchs im Schanzenviertel selbst der Frust über diese Entscheidung. Viele BürgerInnen vor Ort fühlten sich vor vollendete Tatsachen gestellt: Bis zu einer Bürgeranhörung im März 1988 waren Informationen zu den Plänen ausschließlich über die Zeitungen verbreitet worden, eine Konsultation oder gar Einbindung der AnwohnerInnen war bis dahin nicht vorgesehen gewesen. Zahlreiche BewohnerInnen des Viertels waren besorgt über die Entwicklung ihres Quartiers und standen daher einer solch umfangreichen Investition äußerst skeptisch gegenüber. Man fürchtete einerseits eine weitergehende Aufwertung der Umgebung und somit steigende Mieten und die Verdrängung der aktuellen Einwohnerschaft, andererseits die Horden von TouristInnen, die durch das Viertel streifen und dadurch massive Verkehrs- und Parkplatzprobleme verursachen würden.¹¹⁰

Bereits im Januar 1988 hatte sich die sogenannte Flora-Gruppe gegründet, die sich gegen einen Umbau des Theaters einsetzte. Dabei wurde das Projekt zwar in einen größeren Zusammenhang mit langfristigen Umstrukturierungen in der Stadt gestellt, gleichzeitig zeigte sich aber auch eine starke Fixierung auf das Schanzenviertel, das in stark idealisierter, beinahe schon folkloristischer Form präsentiert wurde. Das Quartier wurde als eine der letzten Inseln der Harmonie und Freiheit in einer wahnsinnig gewordenen Stadt dargestellt; konsequenterweise arbeitete die Gruppe mit Mustern einer Bedrohung durch das Fremde von außen und weckte dadurch die Assoziation einer drohenden Okkupation des alternativen Viertels.

»Die Sanierung wird unseren Lebensraum derart umgestalten, daß wir in unseren eigenen Vierteln zu Fremden werden, bis wir diese mehr oder weniger freiwillig verlassen. So versuchen sie, in unseren Alltag einzudringen, uns unserer Lebensweise zu berau-

110 Vgl. Blechschmidt, Andreas (1998): Vom Gleichgewicht des Schreckens. Autonomer Kampf gegen Umstrukturierung im Hamburger Schanzenviertel. In: StadtRat (Hg.): Umkämpfte Räume. Hamburg, Berlin, Göttingen: Verl. Libertäre Assoziation, Verlag der Buchläden Schwarze Risse – Rote Strasse, S. 83-101, hier S. 89-91. Andreas Blechschmidt ist seit 1989 in der Flora aktiv und wird aufgrund seiner öffentlichen Wahrnehmbarkeit häufig als Sprecher der Roten Flora bezeichnet, obwohl es offiziell nach wie vor keinen formalen Sprecher gibt. Zusätzlich hat sich Blechschmidt regelmäßig analytisch mit der Flora auseinandergesetzt und zahlreiche Publikationen zur Geschichte des Projektes veröffentlicht.

ben, uns voneinander zu trennen, damit wir nicht mehr miteinander reden können. So versuchen sie unseren Widerstand zu brechen.«¹¹¹

Auch wenn die Vorstellung, dass die gesamte Einwohnerschaft des Viertels ein gemeinsames Interesse formuliere und verfolge, vor dem Hintergrund der Heterogenität und Vielstimmigkeit im Quartier naiv anmuten mag – die weitere Entwicklung des Konflikts schien dieser Lesart zunächst Recht zu geben. Denn in den Folgemonaten formierte sich eine Protestbewegung, die weit über die klassische linke Szene hinausging und neben autonomen Gruppen auch bislang unpolitische AnwohnerInnen und Gewerbetreibende umfasste. Entscheidend für die politische Kraft, die sich daraus entwickelte, waren neben der diversen sozialen Zusammensetzung insbesondere die Vielfältigkeit von Aktionsformen und die gegenseitige Akzeptanz dieser unterschiedlichen Ansätze. Unterschriftenlisten, Demonstrationen und symbolische Besetzungen des Theaters wurden ergänzt durch weniger friedliche Aktionen wie Sabotage und Brandanschläge auf Baufahrzeuge oder Bauplatzbesetzungen. Allein – alle Versuche, die Bewegung an der Gewaltfrage zu spalten, misslangen. Auch bürgerliche Gruppen des Bündnisses distanzieren sich nicht von der Gewalt mancher Aktionen, teilweise sogar ganz im Gegenteil. Ein Interview mit einem bürgerlichen Anwohner in einer Stadtteilzeitung machte dies sehr deutlich: »Es ist doch leider so, erst wenn Steine fliegen, fängt der Senat an, nachzudenken [...]. Wenn es nicht zu Randalen gekommen wäre, wäre wahrscheinlich gar nichts passiert.«¹¹²

Die Folge dieses breiten Bündnisses war zunächst der Versuch der Stadt, durch mehr Informationsveranstaltungen die Akzeptanz für das Projekt zu erhöhen. Nachdem sich relativ schnell herausstellte, dass diese Taktik den Widerstand nicht auflösen würde, gaben die InvestorInnen den Standort Schanzenviertel schließlich auf. Stattdessen baute man nur wenige hundert Meter vom Flora-Theater entfernt das »Neue Flora Theater«. Linke Gruppen lehnten zwar auch diesen Neubau ab – bis auf kleinere Störaktionen während des Baus und insbesondere bei der feierlichen Eröffnung gelang es den KritikerInnen in diesem Fall aber nicht, nennenswerte Proteste zu organisieren.¹¹³

Anders sah die Situation im Schanzenviertel aus: Zwar zerfiel das breite Bündnis von AnwohnerInnen und Autonomen nach der erfolgreichen Verhinderung des Umbaus genauso rasant, wie es entstanden war; für die linken Gruppen im Flora-Umfeld ergab sich aber nun eine Gelegenheit, den schon länger gehegten Traum eines linken Stadtteilzentrums endlich in die Tat umzusetzen. Das Flora-Theater stand leer und es war völlig unklar, was nun mit dem Gebäude passieren sollte. Ein Angebot der Stadt eröffnete sodann die konkrete Möglichkeit, die Flora für einen eigenen Gegenentwurf zu nutzen: Im Sommer 1989 wurde den AktivistInnen angeboten, in dem Gebäude für sechs Wochen ihre anvisierte Nutzung vorzustellen, im Anschluss sollte ein Wettbewerb

111 Flugblatt vom Januar 1988, zitiert nach Blechschmidt 1998, S. 91.

112 Stadtteilzeitung Neues Schanzenviertel, August 1988, S. 7, zitiert nach Blechschmidt 1998, S. 92.

113 Vgl. Hoffmann, Karsten Dustin (2011): »Rote Flora«. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg. Baden-Baden: Nomos. Karsten Dustin Hoffmann hat eine der wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Roten Flora vorgelegt. Seine Auseinandersetzung mit dem Zentrum ist aber stark durch seine extremismustheoretische Fragestellung geprägt.

stattfinden, in den die Präsentationen der Initiativen integriert werden sollten. Die AktivistInnen gingen auf dieses Angebot ein, die Stadt stellte finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Räumlichkeiten notdürftig herzurichten, und am 23. September 1989 öffnete das neue Zentrum erstmals seine Türen. Allerdings dachte niemand daran, die Flora nach dem Ablauf der sechswöchigen Frist wieder zu verlassen – stattdessen wurde sie kurzerhand für besetzt erklärt.

Die AktivistInnen hofften, mit der Flora eine längerfristige Mobilisierung im Viertel starten und die Kritik an der städtischen Sanierungspolitik in einen größeren antikapitalistischen Rahmen stellen zu können. Allerdings waren sie insbesondere in den ersten Monaten mit allerlei sehr praktischen Herausforderungen konfrontiert: Insbesondere die marode Bausubstanz des Gebäudes erforderte eine Vielzahl von Maßnahmen, die in Eigenregie und ohne staatliche finanzielle Unterstützung umgesetzt wurden.

Erst Anfang der 1990er Jahre wurde die zunächst etwas vernachlässigte Theoriearbeit nachgeholt. Die autonome Perspektive auf stadtpolitische Fragen sah dabei ungefähr wie folgt aus: Billiger und ausreichender Wohnraum wurde als Grundrecht verstanden, daraus folgte, dass Mietpreise nicht den profitorientierten Marktgesetzen unterliegen sollten. Das Wohnen sollte in solidarischen und nachbarschaftlichen Strukturen stattfinden, außerdem bevorzugte man kollektive Wohnformen jenseits der bürgerlichen Kleinfamilie. Die Diskussionen über stadtplanerische Entscheidungen sollten alle Betroffenen einschließen und zu Wort kommen lassen. Dieses basale Programm der Flora wurde weiterhin aus einem viertelzentrierten Blickwinkel formuliert und unterstellte, dass alle EinwohnerInnen eines Viertels (egal, ob bürgerlicher AnwohnerInnen, autonome AktivistInnen oder Obdachlose) durch ein gemeinsames Interesse gegen »die da oben« miteinander verbunden seien. Die eigene Rolle im Aufwertungsprozess wurde dabei zunächst nicht reflektiert, obwohl sich schon in den 1980er Jahren linke Wohngemeinschaften Altbauwohnungen leisten konnten, die weit über dem Mietspiegel lagen, was die Verdrängungsprozesse der angestammten Bevölkerung weiter anheizte. Dies wurde erst im Nachhinein von AutorInnen aus der Szene kritisch kommentiert: »Genau genommen haben sich also die weißen mittelständischen Autonomen verstärkt Sorgen um das Schicksal ihrer weißen ViertelmitbewohnerInnen gemacht.«¹¹⁴

Der viertelbasierte Ansatz der Autonomen führte in den Anfangsjahren der Flora zu einer starken Orientierung der eigenen politischen Arbeit auf das Viertel, was sich ab 1993 nach und nach änderte. Zwei Gründe waren besonders ausschlaggebend: Einerseits begann eine Phase, in der die Flora zunehmend mit sich selbst beschäftigt war, viel Zeit und Kraft für politische Selbstpositionierungen und die Aufrechterhaltung der eigenen Strukturen aufwenden musste und die eigene Existenz mehr und mehr zu einem Selbstzweck wurde. Andererseits entfernten sich auch die AktivistInnen Schritt für Schritt vom Bild des heilen, alternativen Viertels und die von vornherein bestehenden ideologischen (Interessens-)Gegensätze von Linken und AnwohnerInnen wurden offensichtlicher. Dies zeigte sich deutlich, nachdem sich die Flora spätestens ab 1995 in größerem Ausmaß mit der offenen Drogenszene beschäftigte, die sich nach der Vertreibung aus der Gegend rund um den Hauptbahnhof in das Schanzenviertel verlagerte.

114 Vgl. Blechschmidt 1998, S. 94f.

Die Flora, lange Zeit intern äußerst zerstritten über den Umgang mit Drogen (in der Anfangsphase wurde bei Veranstaltungen nicht einmal Bier verkauft), positionierte sich schließlich sehr deutlich und richtete direkt hinter dem Theater eine Fixerstube ein. Außerdem kritisierten die AktivistInnen das sogenannte *Racial Profiling* der ErmittlerInnen, die insbesondere dunkelhäutige Menschen als DealerInnen verdächtigten, und behinderten mehrfach Verhaftungen und bedrängten PolizistInnen.

Diese Politik, die öffentlich zugängliche Räume für KonsumentInnen harter Drogen und sogar für DealerInnen forderte und auch praktisch durchsetzte, sorgte für einen endgültigen Bruch der Flora mit einem Großteil der Anwohnerschaft im Viertel. Viele NachbarInnen zeigten sich äußerst besorgt über die Entwicklung und positionierten sich ablehnend gegenüber der Drogenszene. Nicht selten wurden dabei aus Sicht der Flora-AktivistInnen rassistische Vorurteile und Stereotype reproduziert, auch der Ruf nach stärkeren ordnungspolitischen Maßnahmen gegen die Abhängigen wurde von den Autonomen kritisiert.¹¹⁵ Innerhalb der Flora wuchs das Bewusstsein, sich nunmehr in einer feindlich gesinnten Umgebung zu bewegen, die nichts mehr mit den idyllischen Vorstellungen eines links-alternativen gallischen Dorfes zu tun hatte. Die Flora entfernte sich daher immer weiter von ihrem ursprünglichen viertelbasierten Anspruch und verfolgte stattdessen einen an der Solidarisierung mit gesellschaftlichen Minderheiten orientierten Ansatz. Wiederum einige Jahre später sollte auch diese Minderheitenorientierung wieder aufgegeben werden: Viele AktivistInnen in der Flora begannen, gesellschaftliche Kollektive generell als konstruiert zu begreifen und lehnten daher ab, sich zu stark auf sie zu beziehen – egal, ob positiv oder negativ. Die Flora sollte sich einer klaren Identitätspolitik weitgehend verweigern und stattdessen offen sein für ganz unterschiedliche politische Zusammenhänge. Auf diese Weise hoffte man, auch in einer zunehmend diversen linken Szene anschlussfähig zu bleiben und sich gleichzeitig effektiv gegen Vereinnahmungsversuche wehren zu können.¹¹⁶

Trotzdem wurde die Flora innerhalb der linken Szene immer wieder und aus unterschiedlichen Richtungen kritisiert. Somit wurden die großen szeneeinternen Auseinandersetzungen auch in der Flora ausgetragen, z.B. die Fragen nach Sexismus oder Antisemitismus innerhalb der radikalen Linken oder nach dem Nutzen und den Grenzen von Militanz. In gewisser Hinsicht ist die Rote Flora so zum Spiegelbild des Zustands der radikalen linken Szene geworden, gleichzeitig ist sie eine willkommene Projektionsfläche für sämtliche Unzufriedenheiten und innerlinke Grabenkämpfe. Konsequenterweise sieht sie sich daher oft mit Kritik aus allen denkbaren Richtungen konfrontiert: So wurde ihr im Zuge der Auseinandersetzungen mit sogenannten antideutschen Positionen sowohl vorgeworfen, antisemitische Positionen zu vertreten, als auch, fester Bestandteil der antideutschen Szene geworden zu sein. Manche bemängeln zu wenig Militanz, andere den angeblich überholten Militanz-Fetischismus; mal wird ihr zu wenig Offenheit für den Stadtteil attestiert, mal eine angebliche Anbiederung an die

115 Vgl. dazu ausführlich Abschnitt 7.2 in dieser Arbeit.

116 Vgl. Birke, Peter (2014): Autonome Sehenswürdigkeit. Die Rote Flora und die Hamburger Stadtentwicklung seit den späten 1980er Jahren. In: *Sozial.Geschichte Online* (13), Online verfügbar unter https://duepublico2.uni-due.de/receive/dupublico_mods_00034893 [zuletzt eingesehen am 08.12.2019], S. 80-104, hier S. 90-94.

deutsche Kleinbürgerseele. »Konsens besteht in solchen Kontroversen dann allein darüber, dass die Rote Flora auch nicht mehr das ist, was sie einmal war.«¹¹⁷ Gerade dieser Umstand sorgt dafür, dass die Flora einen idealen Untersuchungsgegenstand für die Rekonstruktion von Lernprozessen der linken Szene darstellt.

Innerhalb der Flora-AktivistInnen selbst dominiert außerdem die Sorge, dass sich die Flora von inhaltlichen Debatten entkoppeln und der Erhalt des Zentrums zu einem reinen Selbstzweck werden könnte. Beispielsweise wird konstant darüber debattiert, wie man auch für nachwachsende Generationen von Linken ein offener Nutzungsort bleiben kann. Gleichzeitig haben insbesondere zwei organisatorische Grundsatzentscheidungen dafür gesorgt, dass die Flora – anders als viele andere Besetzungen – nicht von internen Konflikten zerrissen wurde: Erstens hat niemals jemand in der Flora gewohnt, zweitens wurden keine bezahlten Stellen geschaffen. So konnte gesichert werden, dass politische Grundsatzfragen nie durch das individuelle Interesse an ökonomischer Absicherung oder dem Schutz des eigenen Daches über dem Kopf überlagert werden konnten. Diese Unabhängigkeit von klassischen Sachzwängen und die Tatsache, dass keine Existenzen vom Erhalt der Flora abhängen, haben beispielsweise auch ermöglicht, langfristig nicht auf Verhandlungen und Kompromisse eingehen zu müssen.¹¹⁸

Dass die Rote Flora beinahe dreißig Jahre nach der Besetzung immer noch »besetzt« ist, wurde häufig als Zeichen politischer Stärke und Kompromisslosigkeit der AktivistInnen ausgelegt. Tatsächlich war die Besetzung ursprünglich nur als Übergangslösung gedacht, um eine vertragliche Legalisierung der Nutzung vorzubereiten und in den folgenden Verhandlungen ein Druckmittel zu haben. Die konstante Besetzung war nicht von Anfang an geplant – und sie sollte auch nicht als Ergebnis einer Mischung aus unbestechlicher Haltung und Bereitschaft zur militanten Verteidigung interpretiert werden. Erst nachdem 1992 Verhandlungen mit der Stadt gescheitert waren, begannen die AktivistInnen über die Möglichkeit nachzudenken, die Flora einfach langfristig besetzt zu halten. Was lange als provisorischer Zustand gegolten hatte, entfaltete aus Sicht der BesetzerInnen eine zunehmende Attraktivität: Man erhoffte sich eine größere Unabhängigkeit und Schutz vor ungewollten städtischen Eingriffen. Eine freiwillige Legalisierung des Status quo wurde daher immer stärker infrage gestellt. Dennoch sah man in der Besetzung weiterhin ein politisches Verhandlungsmittel, das bei entsprechendem Druck der Stadt aufgegeben werden könnte, um das Projekt in seinem generellen Fortbestand zu sichern. Die Stadt überschätzte allerdings Ende der 1990er Jahre die Entschlossenheit der Flora und verzichtete daher lange auf eine auf Konfrontation angelegte Strategie. Spätestens die heftigen Proteste gegen die Räumung des Bauwagenplatzes »Bambule« 2002 zeigten dann aber auch dem CDU-geführten Senat, dass mit militantem Widerstand gerechnet werden musste, wenn linke Projekte existenziell bedroht wurden. Die Flora war nach einem guten Jahrzehnt Besetzung in der linken

117 Vgl. Blechschmidt, Andreas (2008): Die Rote Flora im Hamburger Alltag. Stör- und Standortfaktor. In: Peter Birke und Chris Holmstedt Larsen (Hg.): Besetze deine Stadt! – BZ din by! Stadtentwicklung und Häuserkämpfe in Kopenhagen. Berlin: Assoziation A, S. 190–198, hier S. 192f.

118 Vgl. Blechschmidt, Andreas (2013): Die Rote Flora – über Richtiges und Falsches. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 243–253, hier S. 246f.

Szene zu etabliert, um noch ernsthaft an ihrem Fortbestand zu rütteln. Das Konfliktpotenzial war über die Jahre zu groß geworden, die politischen Kosten einer Räumung wären zu hoch gewesen.¹¹⁹

Dies bedeutete allerdings nicht, dass die langfristige Zukunft des Zentrums gesichert war. Im Gegenteil, mit dem Verkauf der Roten Flora 2001 an den Investor Klausmartin Kretschmer wurde der Konflikt privatisiert; trotz vertraglicher Verpflichtung, in dem Gebäude ein Kulturzentrum zu erhalten, kokettierte der neue Besitzer immer wieder mit einer möglichen Räumung. Wie am Beispiel anderer besetzter Zentren, beispielsweise in Kopenhagen¹²⁰, deutlich wurde, können PrivatbesitzerInnen eine reale Gefährdung besetzter Projekte darstellen, weil in diesen Fällen die normalen Wege, in Konflikten politischen Druck aufzubauen, nicht mehr funktionieren. Die Konflikte können in diesen Fällen als private Angelegenheiten verstanden werden können, was es staatlichen Stellen ermöglicht, sich weitgehend aus ihnen herauszuhalten. Der Rückkauf des Gebäudes durch die Stadt Hamburg 2014 schien die Situation zunächst zu entspannen, doch nach wie vor waren die AktivistInnen in großer Sorge um ihr politisches Projekt, auch wenn sich das Plenum der Flora nach dem Rückkauf demonstrativ unbeeindruckt zeigte: »Wir sind keine Freunde der bürgerlichen Eigentumsordnung und insofern ist es uns egal, wer meint, Besitzerin der Flora zu sein.«¹²¹ Immer wieder äußerten die BesetzerInnen öffentlichkeitswirksam ihre unbedingte Entschlossenheit, die Rote Flora mit allen Mitteln zu verteidigen.

Trotz der konkreten Gefahr einer Räumung befürchteten die AktivistInnen selbst vielmehr eine »kalte Räumung« durch Domestizierung, Integration und die konstruktive Mitarbeit in staatlichen Partizipationsgremien. Die Flora könne ohne ständige Überprüfung der eigenen politischen Ziele leicht und schnell zu einem Ort subkultureller Selbstinszenierung werden.¹²² Der Flora-Aktivist Andreas Blechschmidt stellt mit Blick auch die Handlungsfähigkeit der Flora fest, dass ein einigender Feind von außen zwar oft helfe, die inneren Konfliktlinien zu überdecken und die unterschiedlichen Strömungen in der und um die Flora in einer gemeinsamen Kampagne wieder zu vereinen. Allerdings verhindere dies mitunter eine selbstkritische Bestandsaufnahme: »Druck von außen eint, doch die strukturellen Probleme und Unzulänglichkeiten werden dadurch übertüncht. Neue Mythen werden geschaffen, alte Mythen aufgewärmt, manchmal im Augenblick der Niederlage auch schmerzhaft demontiert.«¹²³

Ein anschauliches Beispiel für die Vielschichtigkeit interner Debatten ist die Frage nach Militanz.¹²⁴ Einerseits wird die Bereitschaft zu Militanz als wichtiger Faktor in der

119 Vgl. Blechschmidt 2013, hier S. 243f.

120 Vgl. Birke, Peter; Holmstedt Larsen, Chris (Hg.) (2008): *Besetze deine Stadt! – BZ din by!* Stadtentwicklung und Häuserkämpfe in Kopenhagen. Berlin: Assoziation A. Vgl. zum Konflikt um das besetzte Jugendzentrum Ungdomshuset in Kopenhagen auch Ungdomshuset: Was geht ab in Kopenhagen? In: *Zeck* 139_2007.

121 Vgl. Appen, Kai von (2014): Rückkauf in Hamburg: Rote Flora verstaatlicht. In: *taz.de*, 16.12.2014. Online verfügbar unter www.taz.de/!5025995/ [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].

122 Vgl. Blechschmidt 2013, S. 248–251.

123 Blechschmidt 2008, S. 193.

124 Vgl. zu dieser Frage ausführlicher Abschnitt 6.1.

Erfolgsgeschichte der Flora dargestellt. Beispielsweise sei die nach wie vor aufrecht-erhaltene Besetzung ohne die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols nicht denkbar. Andererseits wird kritisiert, dass Militanz ein männliches Gewaltverhalten fördere, das schnell in fundamentale Widersprüche zu den offenen, inklusiven Politikansätzen gerate, die eigentlich gefordert würden. Daher betonen insbesondere die älteren Flora-AktivistInnen, dass sich politische Aktionsformen nicht von den politischen Zielen entkoppeln dürften. So wird aus der Flora heraus regelmäßig die Eskalation des Schanzenfestes, eines selbstorganisierten und nicht-angemeldeten Straßenfestes, kritisiert: Die Ausschreitungen seien mittlerweile zu einem bloßen Gewaltritual geworden, in dem sich alle, die Lust auf Krawall hätten, mal richtig austoben könnten. Brennende Barrikaden und Straßenschlachten mit der Polizei würden dabei zum Selbstzweck werden, denn ohne ein Einschreiten der Einsatzkräfte hätten diese Aktionen keinerlei Substanz.¹²⁵ Statt ein Ort von emanzipatorischer Gegenöffentlichkeit zu sein, verkomme die Rote Flora auf diese Weise zu einer bloßen Kulisse, vor der Interessierte Krawall konsumieren können. Gefordert wird daher keine prinzipielle Abkehr von militanten Mitteln, sondern eine Einbindung der Militanz in eine Debatte über Sinn, Zweck und Bezugspunkte autonomer Politik.

»Grundsätzlich bedeutet das, dass ohne einen andauernden solidarischen und lebendigen Diskussionsprozess über Inhalte, Ziele und Aktionsformen, der von allen Beteiligten in Theorie *und* Praxis getragen wird, die Entpolitisierung politischer Interventionsformen droht.«¹²⁶

Unter diesen Bedingungen könne ein militantes Vorgehen auch heute noch etwas bewirken, indem es beispielsweise polarisiere und die öffentliche Wahrnehmung fokussiere. Als gelungenes Beispiel werden u.a. die Störaktionen gegen Polizeikontrollen in den Konflikten um die offene Drogenszene genannt, durch die die staatliche Haltung, soziale Probleme durch Polizeieinsätze lösen zu wollen, massiv infrage gestellt worden sei. Letztlich habe die Stadt eingesehen, mehr Räume für den Drogenkonsum zur Verfügung stellen zu müssen.¹²⁷

Auch wenn die Rote Flora seit einigen Jahren verstärkt die eigene Rolle im Aufwertungsprozess des Schanzenviertels reflektiert – einen wirklichen Ausweg aus diesem Dilemma hat sie bislang noch nicht finden können. Zwar betont man auch in diesem Zusammenhang die eigene »Unverträglichkeit« und inszeniert sich als unbequem; dies schützt aber nicht vor Beifall aus völlig unerwarteten Richtungen. Nach ungewöhnlich heftigen Ausschreitungen im Mai 2000, als insbesondere die Springer-Presse abermals laut ein hartes Durchgreifen gegen die Flora forderte, war es ausgerechnet die Handelskammer Hamburg, die der Flora zur Seite stand. Sie betonte die Wichtigkeit der Flora für den Stadtteil, erst dadurch entstehe das alternative Flair, das bei den Kreativen so beliebt sei und die Schanze als Wohn- und Arbeitsort attraktiv mache. Auch der Bezirks-Kulturausschuss der CDU lobte die Flora bereits, in diesem Fall für die grundsätzliche Ablehnung von öffentlichen Fördergeldern. Die Flora sei ein gutes Beispiel

125 Vgl. Blechschmidt 2013, S. 247.

126 Blechschmidt 2008, S. 194 [Hervorhebungen im Original].

127 Vgl. Blechschmidt 1998, S. 99f.

für Kulturarbeit, die nicht von staatlichen Zuschüssen abhängt.¹²⁸ Auf solche Verein-nahmungsversuche reagiert die Flora durch die Behauptung, ein Ort politischer Ge-genöffentlichkeit zu sein, einen Platz für nichtkommerzielle Kultur- und Politikveran-staltungen zu bieten, einen Raum zu schaffen, der kapitalistischer Verwertungslogik und gesellschaftlichen Machthierarchien entzogen sei.¹²⁹ Dass genau dieser Umstand sie zu einem wichtigen Standortfaktor in der Vermarktung der Hansestadt Hamburg macht, ist die eigentliche Ironie der Geschichte. Allerdings entzieht sich die Flora bei aufmerksamer Betrachtung spätestens durch ihre konsequente Forderung nach öffent-lichen Räumen für alle, die ohne Kontroll-, Ausschluss- und Sicherheitsmechanismen funktionieren, eigentlich sehr deutlich der reibungslosen Integration in die neoliberale Stadt, die auf privatisierte Räume für Konsum und Investitionen angewiesen ist und diese normalerweise durch ein autoritäres Kontroll- und Ausschlusssystem einrichtet und verteidigt.

Auch wenn die Flora mittlerweile im Hamburger Alltag etabliert scheint und selbst politische GegnerInnen ihrem Fortbestehen etwas abgewinnen können – sie bleibt wei-terhin Ziel staatlicher Kontrolle und Repression. Davon zeugen in der jüngeren Ver-gangenheit beispielsweise die Hausdurchsuchungen während der Vorbereitungen von Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und der Verlauf einer großen Demonstration am 21. Dezember 2013. Unter dem Motto »Die Stadt gehört allen!« gin-gen an diesem Tag mehrere tausend Menschen in Hamburg auf die Straße, um für die Rechte von Flüchtlingen, gegen die Räumung der sogenannten Esso-Häuser in St. Pauli und für den Erhalt der Roten Flora in der Sternschanze zu demonstrieren. Die Demons-tration wurde jedoch wenige Meter nach ihrem Start bereits aufgelöst, was zunächst zu schweren Ausschreitungen führte, im weiteren Verlauf dann u. a. auch zur Einrichtung der heftig umstrittenen »Gefahrengebiete« in Hamburg, innerhalb derer Personenkon-trollen auch ohne vorherige Anhaltspunkte durchgeführt werden durften.¹³⁰ Es bleibt somit abzuwarten, welche Rolle der Flora in Zukunft die ausschlaggebende sein wird: unbequemer Unruheherd oder vermarktbarer Standortfaktor?

3.5.3 Das Gängeviertel

Das scheinbare Paradoxon, gerade durch eine Verweigerungshaltung und den Entzug aus der kapitalistischen Verwertungslogik umso besser in ebendiesen Prozess integrier-

128 Vgl. Blechschmidt 2008, S. 196f.

129 Vgl. Blechschmidt 2008, S. 190.

130 Die Gefahrengebiete wurden nicht direkt mit den Ereignissen nach der Demonstration begründet, sondern mit einem Überfall auf die Davidwache auf der Reeperbahn am 28.12.2013, der Autono-men zugerechnet wurde. An den anfänglichen Angaben der Polizei wurden im Laufe der öffent-lichen Diskussion erhebliche Zweifel geäußert, sowohl hinsichtlich des allgemeinen Tathergangs als auch hinsichtlich der Beteiligung von Personen aus der linken Szene. Vgl. u. a. Menke, Birger; Twickel, Christoph (2014): Angriff auf Hamburger Davidwache: Augenzeugen widersprechen Dar-stellung der Polizei. In: *Spiegel Online*, 07.01.2014. Online verfügbar unter www.spiegel.de/pano-rama/justiz/angriff-auf-davidwache-zweifel-an-darstellung-der-polizei-a-942235.html [zuletzt ein-gesehen am 08.12.2019]. Zu den Protesten gegen die Gefahrengebiete vgl. Sutter, Ove (2016): Con-testing the Danger Zone. Creative Protest against Police Surveillance in the Post-Fordist City. In: *Ethnologia Europaea. Journal of European Ethnology* 46 (1), S. 114-131.

bar zu sein, beschäftigt neben der Roten Flora ein weiteres Besetzungsprojekt: Auch das Hamburger Gängeviertel schwankt zwischen dem Status eines alternativen Gegenmodells zur neoliberalen Metropole und dem Etikett als deren attraktives Aushängeschild.

Die Besetzung des Gängeviertels am 22. August 2009 markierte die erste erfolgreiche Hausbesetzung in Hamburg, seit zwanzig Jahre zuvor die Rote Flora besetzt worden war. Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte war das Recht-auf-Stadt-Netzwerk¹³¹, das in Hamburg kurz zuvor entstanden war und in gewisser Hinsicht das ideologische Fundament des Gängeviertels darstellte. Bereits seit 2008 hatten sich immer mehr gentrifizierungskritische Gruppen in verschiedenen Stadtteilen gegründet, die sich mit der aktuellen Stadtentwicklung und den Verdrängungsprozessen auseinandersetzten.¹³² Dabei waren es auffallend häufig VertreterInnen der sogenannten Kreativen Klasse, die sich in den Diskussionen äußerten. Prototypisch dafür stand das Manifest »Not in Our Name, Marke Hamburg«¹³³, das von zahlreichen Kulturschaffenden unterzeichnet wurde und das intensiv die Vermarktung der Stadt, die Vereinnahmung von Kunst und Kultur für Vorteile im allgegenwärtigen Standortwettbewerb und die soziale Segregation in der Stadt thematisierte. Die unterzeichnenden KünstlerInnen kritisierten einerseits ihre Instrumentalisierung, beschränkten sich aber nicht auf spezifische künstlerisch-kulturelle Probleme, sondern kündigten gleichzeitig an, sich auch mit sozialen Fragen auseinanderzusetzen zu wollen.

Auf diese Weise wurde Kritik an steigenden Mieten, Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen auf der einen Seite mit den Forderungen nach Freiräumen, in denen Selbstverwirklichung jenseits von kommerziellen Verwertungslogiken möglich werden sollte, auf der anderen Seite zu einem gemeinsamen Ansatz verbunden. In gewisser Hinsicht wurde so im Recht-auf-Stadt-Netzwerk die sogenannte »Sozialkritik«, die kollektive Emanzipation anstrebt, mit der »Künstlerkritik«, die stärker auf individuelle Verwirklichung abzielt, vereint – ein Faktor, der die Bewegung nicht nur für wissenschaftliche Analysen spannend macht, sondern auch ihre Wahrnehmbarkeit und öffentliche Präsenz ein Stück weit erklären kann.¹³⁴ Die intensive Beteiligung von KünstlerInnen verhinderte zudem eine allzu vorschnelle Einordnung der Besetzung des Gängeviertels, die eben nicht (nur) von den üblichen Angehörigen der linken Szene getragen wurde.

-
- 131 Vgl. Füllner, Jonas; Templin, David (2011): Stadtplanung von unten. Die »Recht auf Stadt«-Bewegung in Hamburg. In: Andrej Holm und Dirk Gebhardt (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA, S. 79-104.
 - 132 Vgl. Butzlaff, Felix; Hoeft, Christoph; Kopp, Julia (2013): »Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!« Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung. In: Franz Walter et al. (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 48-93.
 - 133 Vgl. »Not in Our Name, Marke Hamburg«-Initiative: Manifest »Not in Our Name, Marke Hamburg!«. Online verfügbar unter http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Manifest_Not_In_Our_Name_Marke_Hamburg! [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].
 - 134 Vgl. Birke, Peter: Zurück zur Sozialkritik. Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«. In: Marcel Bois und Bernd Hüttner (Hg.): Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Heft 3. Bewegungen, Parteien, Ideen. Online verfügbar unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Beitr_zur_Gesch_3_web.pdf [zuletzt eingesehen am 08.12.2019], S. 57-65. Zu dem zugrundeliegenden Konzept von Sozial- und Künstlerkritik vgl. Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2013): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Somit war auch die Reaktion der Stadt entgegenkommender als bei Besetzungen aus dem linksradikalen Spektrum, insbesondere, weil das Nutzungskonzept der BesetzerInnen des Gängeviertels hervorragend in das Konzept der kreativen Stadt¹³⁵ integriert werden konnte. Sogar die konservative Presse berichtete wohlwollend über den Erhalt des historischen Erbes, da das nun besetzte Häuser-Ensemble mit seinen zwölf Häusern das letzte Zeugnis einer für Hamburg eigentlich typischen Bauform von Vorder- und Hinterhäusern mit schmalen, verwinkelten Gassen und Höfen darstellte.¹³⁶

Im Zuge der Umstrukturierung der Innenstadt waren die übrigen Ensembles abgerissen worden, auch das Gängeviertel stand bereits weitgehend leer und war relativ stark heruntergekommen. Das Viertel, das lange Zeit in städtischem Besitz gewesen war, wurde 2008 an den niederländischen Investor Hanzevast Capital verkauft, der Zuschlag wurde nach dem Höchstgebotsverfahren erteilt, also ohne die Berücksichtigung des konkreten Nutzungskonzepts. Tatsächlich plante der neue Besitzer den weitgehenden Abriss und Überbauung des Viertels, nur zwanzig Prozent der historischen Substanz sollten erhalten bleiben. Allerdings ging die Finanzkrise auch am niederländischen Investor nicht spurlos vorbei, sodass sich die Umsetzung des Projektes verzögerte.

Im Laufe des Jahres 2009 begannen zwei Künstlerkollektive, die einige Räume im Gängeviertel nutzten, regelmäßig in einem alten Kellerraum des Viertels über eine mögliche Besetzung zu diskutieren. Aus dieser informellen Runde (die auch »Zelle« genannt wurde) entstand schließlich die Initiative »Komm in die Gänge«, die letztlich im August 2009 die erfolgreiche Besetzung des Viertels verantworten sollte. Zunächst aber ging es bei den Treffen hauptsächlich um Erfahrungs- und Wissensaustausch. Die InitiatorInnen luden unterschiedliche Menschen ein, um sich auf eine Besetzung vorzubereiten, beispielsweise KünstlerInnen, ArchitektInnen, StadtplanerInnen, DenkmalschützerInnen, politische AktivistInnen aus anderen Zusammenhängen und engagierte BürgerInnen. In einer kleinen Runde, die selten mehr als 15 Personen umfasste, wurde über Gentrifizierung, die Rolle und Bedeutung von Freiräumen und das Gängeviertel diskutiert; dabei gab es zwar immer wieder fundamentale Meinungsverschiedenheiten, weil unterschiedliche Welten mit je eigenen Umgangs- und Kommunikationsformen aufeinanderprallten; letztlich reifte aber der Konsens, dass man das Gängeviertel für eigene Projekte und nach eigenen Vorstellungen nutzen wollte. Jeden Sonntag wurden

135 Das Konzept der »kreativen Stadt« wurde insbesondere durch die Arbeiten von Richard Florida populär, vgl. Florida, Richard (2005): *Cities and the Creative Class*. New York (NY) u.a.: Routledge. Florida bezeichnet mit dem Schlagwort der kreativen Stadt ein Leitbild der Stadtentwicklung, bei dem Wohlstand und Fortschritt insbesondere durch die Ansiedlung junger, kreativer EinwohnerInnen gesteigert werden sollen. Städte treten also in einen Wettbewerb um die kreative Klasse, bei dem neue Standortfaktoren eine Rolle spielen, bspw. eine lebhafte Subkultur, interessante kulturelle Angebote oder gute Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Kreativen. Zur kreativen Klasse vgl. Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*. New York: Basic Books.

136 Vgl. hier und zur folgenden Darstellung der Geschichte des Gängeviertels das AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel (2013): *Das Gängeviertel – mehr als ein Viertel*. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): *Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg*. Hamburg: Laika, S. 261–285, hier S. 262.

die verschiedenen Häuser inspiziert, Strategien entwickelt, die politischen und historischen Hintergründe der Häuser recherchiert. Nachdem der Hauseigentümer durch ein zu unvorsichtiges Vorgehen misstrauisch geworden war und zunehmend hellhörig wurde, wurde die Besetzung diskret, heimlich und konspirativ Schritt für Schritt vorbereitet.¹³⁷

Im Juni 2009 fand unter dem Motto »Die Stadt gehört allen!« eine Demonstration in Hamburg statt, an der 1.500 Menschen teilnahmen. Auf der Demonstration hielt die Initiative Komm in die Gänge eine Rede und machte so das erste Mal öffentlich auf ihr Anliegen aufmerksam. In der Folge wurde Geld zu sammeln versucht u.a. über eine Solidaritätsparty. Gleichzeitig gingen auch die Vorbereitungen im Viertel weiter, jedes Haus wurde von einem Paten/einer Patin übernommen, der/die leise und versteckt Ausstellungen für »sein«/»ihr« Haus organisieren sollte. Schrittweise wurde die nahende Besetzung angekündigt: Zunächst wurden überall in der Stadt kreisrunde rote Aufkleber als »Eyecatcher« verklebt, später stand auf den roten Punkten der Slogan »Komm in die Gänge«, kurz vor der Besetzung wurden die Aufkleber zusätzlich mit Ort, Datum und Zeitpunkt versehen.

Am 22. August 2009 begann im Rahmen eines öffentlich beworbenen Hoffestes im Gängeviertel die tatsächliche Besetzung.¹³⁸ Die Hauspaten und der engere Kreis, der an der Planung beteiligt war, gaben sich nach außen den ganzen Tag über nicht zu erkennen. Niemand sollte als Verantwortliche(r) sichtbar werden, bei einem eventuellen Polizeieinsatz sollten sich alle als Gäste ausgeben. AnwältInnen der BesetzerInnen hielten sich permanent in der Nähe des Gängeviertels auf, für den Fall einer sofortigen Räumung wurde eine Spontandemonstration vorbereitet, außerdem hatten sich SanitärerInnen inkognito unter die Gäste gemischt, um im Notfall helfen zu können. Niemand wusste an diesem Tag genau, wie die Stadt und die Polizei reagieren würden, viele rechneten aber mit einer schnellen Räumung und Verhaftungen.

Nach und nach wurden im Viertel Zelte, Pavillons und Sitzgelegenheiten aufgebaut sowie Getränke und Grillwaren verkauft; ab 15 Uhr wurden die einzelnen Häuser eröffnet. Die Hauspaten hatten in den Häusern Ausstellungen und Installationen vorbereitet, in den Hinterhöfen spielten MusikerInnen und DJs legten Platten auf. Die ganze Atmosphäre wurde bewusst entspannt und friedlich gehalten, alles sollte nett und sauber aussehen. Die OrganisatorInnen wollten deutlich machen, dass es sich bei dem Hoffest nicht um eine linksradikale Veranstaltung handelte – dies war Teil der Öffentlichkeitsstrategie an diesem Tag, mit der eine Räumung verhindert werden sollte.¹³⁹ Im Radio *Freies Sender Kombinat* lief regelmäßig ein Werbe-Jingle, der dazu aufrief, in das Gängeviertel zu kommen; nach dem Heimspiel von St. Pauli wurden am Millerntor-Stadion Flyer verteilt, die ebenfalls zu einem Besuch einluden. Tatsächlich gelang die Mobilisierung ausgezeichnet: Gegen 17 Uhr befanden sich bereits mehrere hundert BesucherInnen im Viertel, viele davon unterzeichneten einen Aufruf, der für den Erhalt des Viertels warb.

137 Vgl. AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 264–266.

138 Vgl. zum Ablauf des Besetzungswochenendes AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 267–271.

139 Vgl. AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 270.

Was anfangs kaum jemand für möglich gehalten hatte, wurde nun Wirklichkeit – die Polizei schritt nicht ein, das Viertel wurde nicht geräumt. Eine ganze Reihe von externen und internen Faktoren war für diesen Erfolg ausschlaggebend. Zunächst war der Zeitpunkt der Besetzung günstig gewählt – der Investor war durch die Finanzkrise angeschlagen, musste sich nach zusätzlichen FinanzierungspartnerInnen umsehen und zögerte daher, das angestrebte Projekt umzusetzen. Darüber hinaus war die Umstrukturierung der Stadt mittlerweile wieder zu einem großen öffentlichen Thema geworden, das die Hamburger BürgerInnen beschäftigte und verärgerte. Dazu kam, dass der schwarz-grüne Senat bewusst Anreize für die umworbene kreative Klasse setzen wollte und die »Kreative Stadt« als Leitbild für die zukünftige Entwicklung der Hansestadt ausgerufen hatte, was ein härteres Vorgehen gegen die offensichtlich von ebendieser Klasse durchgeführte Besetzung schwierig machte.

Dass die vom Stadt-Marketing umworbene Gruppe der Kreativen, von denen man sich u.a. eine Pionierrolle bei der Erschließung neuer Stadtteile und eine Sogwirkung auf junge, hochambitionierte Arbeitskräfte versprach, nun selbst in eine oppositionelle Rolle verfiel, führte zwar zu Irritationen und Ratlosigkeit. So gab der Senat beispielsweise eine Studie über die KünstlerInnen, die die ihnen zugedachte Rolle offensichtlich nicht ausfüllen wollten, in Auftrag.¹⁴⁰ Nichtsdestotrotz überwog weiter eine grundsätzliche positive Haltung gegenüber den Kreativen, die von der Verhandlungsbereitschaft, die von den BesetzerInnen an den Tag gelegt wurde, zusätzlich verstärkt wurde.

Denn anders als die autonomen Flora-AktivistInnen waren die neuen BewohnerInnen des Gängeviertels sehr gerne zu konstruktiven Gesprächen mit der Stadt bereit. Im Gegensatz zur Flora, wo basisdemokratische und autonome Prinzipien eine Abstellung von legitimierten Delegierten stets verhindert hatten, wurde im Gängeviertel eine Verhandlungsgruppe bestimmt, die für die BesetzerInnen mit der Stadt verhandeln sollte und dabei im Namen der Initiative sprechen durfte. Die Gruppe bestand aus den HauspatInnen, Mitgliedern der sogenannten Zelle (der Gruppe, die die Besetzung vorbereitet hatte) und fachlich kompetenten ExpertInnen aus der Kunstszene, Stadtplanung und Architektur. Die Gruppe sollte einerseits starke Argumente entwickeln und bei der Stadt Überzeugungs- und Übersetzungsarbeit leisten, andererseits sollte sie die Verhandlungsprozesse transparent kommunizieren und ihr Handeln eng an die BesetzerInnen rückkoppeln.¹⁴¹ So informierte die Gruppe alle übrigen Interessierten beispielsweise auf den regelmäßigen Vollversammlungen im Viertel, wo auch über die weitere Strategie und die generelle Ausrichtung der politischen Arbeit diskutiert wurde.

Die Verhandlungen mit der Stadt wurden zusätzlich durch das Auftreten und die Anliegen der BesetzerInnen erleichtert: Sie hatten sich nicht einfach einen Raum genommen, um ihren eigenen Interessen nachgehen zu können, sondern eine Konzeption entwickelt, die öffentliche Belange in den Vordergrund stellte. Das Gängeviertel sollte allen BewohnerInnen der Stadt einen Raum bieten, um sich einzubringen, außerdem

140 Vgl. Birke, Peter (2010): Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg. In: *Sozial.Geschichte Online* (3). Online verfügbar unter https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00022661 [zuletzt eingesehen am 08.12.2019], S. 148-191.

141 Vgl. zur Verhandlungsstrategie der BesetzerInnen: AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 271-276.

sollten sich die kulturellen Angebote an möglichst viele Interessierte richten und es sollte bezahlbarer Wohn- und Arbeitsraum entstehen. Zunächst wollte man mit der Verhandlungsposition starten, das Viertel von den AktivistInnen für einen symbolischen Preis von einem Euro kaufen zu lassen. Diese Idee wurde aber relativ schnell wieder verworfen: Aufgrund der historischen Bedeutung des Komplexes sollte er dauerhaft in städtischem Besitz bleiben, was wiederum eine langfristige, produktive Kooperation zwischen der Stadt und den NutzerInnen erforderte.

Die wöchentlichen Vollversammlungen boten sich daher als Medium für die interne Aushandlung und Abstimmung von Positionen an. Hier wurden die unterschiedlichen Vorstellungen und Forderungen diskutiert, Strategien entwickelt, Informationen ausgetauscht und Entscheidungen getroffen. Diese Versammlungen folgten auch dem Wunsch der BesetzerInnen, eine möglichst inklusive und hierarchiefreie Form der Entscheidungsfindung zu etablieren. Im Laufe der Entwicklung des Gängeviertels wurden die Vollversammlungen durch einige zusätzliche Strukturen ergänzt. Am 15. November 2010 wurde von 35 AktivistInnen die »Genossenschaft Gängeviertel« gegründet, die während der Sanierung als Projektentwicklungsgenossenschaft die spätere Übernahme des Viertels vorbereiten sollte. Nach dem Abschluss der Sanierung soll die Genossenschaft die Gebäude auf Basis eines Erbbaurechtsvertrages übernehmen, bis dahin obliegt ihr die Verwaltung und die Aufgabe, Eigenkapital aufzubauen. Durch die Genossenschaft erhofften sich die AktivistInnen, während der Sanierungen weiterhin Mitsprache und Mitbestimmung behalten zu können. Weitere ausschlaggebende Überlegungen waren insbesondere der basisdemokratische Charakter, die Entscheidungsfreiheit und Selbstverantwortung dieser Rechtsform.¹⁴² Dadurch, dass jedes Mitglied unabhängig von der Anzahl von Anteilen nur eine Stimme erhielt und die Gewinne wieder in das Projekt reinvestiert wurden, sollte eine Gemeinschaft entstehen, die nicht auf Hierarchie und Dividenden zielte, sondern auf ein Netzwerk von sozialen Beziehungen.

Intensive Auseinandersetzungen fanden im Gängeviertel insbesondere mit der eigenen Rolle im Verwertungsprozess der Stadt Hamburg statt. Dies umso stärker, als die etablierte linke Szene in Hamburg den KünstlerInnen ohnehin mit Skepsis entgegentrat.¹⁴³ Unter anderem die Verhandlungsbereitschaft mit der Stadt war aus linksradikaler Sicht ein Kritikpunkt, ebenso die Abgrenzung gegenüber militanten Aktionen.¹⁴⁴ Eine klare Zuordnung des Gängeviertels in die linksradikale Szene ist in der Tat kaum möglich, wird aber von den BesetzerInnen auch in keiner Weise angestrebt. Sie betonen, im Gegenteil, die Heterogenität des Viertels als entscheidendes Charakteristikum:

»Das Gängeviertel hat ein anderes Wir-Verständnis, oder besser: mehrere verschiedene Wir-Verständnisse parallel. Und inzwischen können diese ganz gut miteinander. Diese Koexistenz von Differenz, egal ob bezüglich des Wir-Verständnisses oder anderen Fragen, ist etwas, was das Gängeviertel inzwischen von vielen anderen selbsternannten ›Kollektiven‹ auszeichnet.«¹⁴⁵

142 Vgl. AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 274–276.

143 Vgl. Butzlaff et al. 2013, S. 57f.

144 Vgl. Birke 2010.

145 AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 283.

Während einige AktivistInnen im Viertel vor allem klassisch linke Themen, beispielsweise Kapitalismuskritik oder die soziale Dimension von Verdrängungsprozessen, bearbeiteten, setzten sich andere für den Erhalt einer bedrohten Gebäudeformation ein, wieder andere legten ihren Fokus auf künstlerische Themen, forderten beispielsweise kreative Freiräume, bezahlbare Ateliers oder die Freiheit der Kunst. Auch hedonistische Motive fanden sich im Gängeviertel bzw. wurden hier freimütiger benannt, etwa wenn es darum ging, gemeinsam die Zeit »zu verprassen« oder miteinander zu feiern. Das Gängeviertel wollte diese Mehrdeutigkeit nicht nur aushalten, sondern machte sie zum Kern des Konzepts: Man wolle einen in jeder Hinsicht offenen Raum gestalten, der sich ständig verändern solle und täglich neu erfunden werde.¹⁴⁶ Die »Insel der Unordnung« zeichnete sich dementsprechend immer durch große Vielfalt aus – aber eben auch durch immense inhaltliche Widersprüche, die zum Teil langwierig ausgehandelt werden mussten. Gemeinsamer Wunsch war, nicht durch utopische Ziele, sondern durch eine möglichst breit zugängliche Praxis zu beeindrucken. Das Gängeviertel wollte aus seiner Vielfalt eine Stärke machen und zögerte auch nicht, diese Haltung offensiv und selbstbewusst zu vertreten: So wurden andere Gemeinschaften beispielsweise als exklusiv, individualitätsfeindlich und ideologisch verblendet kritisiert.¹⁴⁷

Trotz der zumindest anfänglichen Skepsis aus der übrigen Hausbesetzerszene ist das Gängeviertel knapp acht Jahre nach seiner Besetzung fest in die linkspolitische Landschaft der Hansestadt integriert. Fast täglich finden hier Veranstaltungen statt, von kulturellen bis hin zu politischen und sozialen Formaten.¹⁴⁸

3.5.4 Hamburger Hausbesetzungen und die undogmatische Linke – Zwischenfazit

Nachdem nun die Geschichte und gegenwärtige Situation dieser drei Besetzungen vorgestellt worden sind, soll hier kurz resümiert werden, was die drei Projekte verbindet, sie möglicherweise auch unterscheidet – und warum die Ausführungen für eine Analyse von Lernprozessen der linksautonomen Szene Hamburgs relevant sind.

Beginnen wir mit der augenscheinlichsten Gemeinsamkeit: Alle drei Beispiele können als erfolgreiche Besetzungen gelten, auch wenn der Status der Besetzung nur bei der Roten Flora bis dato konstant aufrechterhalten wird. Dennoch gründet sich die heutige Nutzung und Ausrichtung der Häuser in allen drei Fällen auf nicht genehmigten Aneignungen von Räumen. Die Motivationen der Besetzungen waren zwar im Detail sehr unterschiedlich (allein schon die Frage, ob es sich um einen Kampf um Wohnraum oder um Freiraum handelt, wurde unterschiedlich beantwortet) – stets aber war die konkrete Aktion in einen größeren, über den Einzelfall hinausweisenden politischen Kontext eingebunden. Die Kritik an der Umstrukturierung des umgebenden

146 Vgl. zum Selbstverständnis AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 281–284. Vgl. auch Gängeviertel e.V. (Hg.) (2012): Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel. Unter Mitarbeit von Hannah Kowalski. Hamburg, Berlin: Assoziation A (Komm in die Gänge).

147 Vgl. AutorInnenkollektiv aus dem Gängeviertel 2013, S. 280–284.

148 Veranstaltungshinweise finden sich z.B. auf dem Online-Infoportal <http://das-gaengeviertel.info/> [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].

Stadtteils, verbunden mit dem Wunsch, einen geschützten Raum zu erkämpfen, der sich diesen Verwandlungen der Umgebung entziehen kann, war in allen drei Fällen ein wichtiger Antrieb für die AktivistInnen. Dabei sind die Form und der Inhalt der Kritik an profitorientierter Aufwertung, allgegenwärtiger kapitalistischer Verwertungslogik, entfremdeten, anonymen Wohnformen, gesichtslosen Konsumeinrichtungen und der schonungslosen Verdrängung von allem, was nicht in das Schema der neoliberalen Stadt passt, trotz der drei Jahrzehnte, die zwischen den Besetzungen liegen, erstaunlich konstant geblieben.

Die eigene Rolle im Aufwertungs- und Verdrängungsprozess ähnelt sich im Vergleich der drei Fallbeispiele ebenfalls: Zum einen werden alle Besetzungen von einer Szene getragen, die eine wichtige Rolle bei Gentrifizierungsprozessen spielt. Die Konzentrierung von politisierten, kreativen und relativ jungen Menschen in einem Viertel ist ein verlässlicher Indikator dafür, dass dieses Viertel in der näheren Zukunft aufgewertet werden wird – mit allen Konsequenzen zunächst für die angestammte Einwohnerschaft, im weiteren Verlauf dann auch für die ersten PionierInnen selbst. Zum anderen fungieren sämtliche Projekte in gewissem Sinne auch als willkommene Aushängeschilder einer Stadt, die sich als cool, urban, kreativ und subkulturell inszenieren möchte. Bei allen Versuchen, »unbequem zu bleiben« oder »ein Stachel im Fleische der neoliberalen Stadt« zu sein – auch die Rote Flora ist mittlerweile ein wichtiger Standortfaktor, der die Attraktivität des Schanzenviertels erhöht. Alle drei Besetzungen sind Anziehungspunkte für sich links führende Menschen, die auch das Stadtmarketing als lohnende Zielgruppe ansprechen will.

In allen drei Fällen (auch im Fall der Hafenstraße) war es den AktivistInnen ein Anliegen, nicht nur einen Raum für sich zu schaffen, sondern auch zu einem Anlauf- und Kristallisationspunkt für die gesamte Szene zu werden. Dieser Anspruch ist bei der Flora am deutlichsten ausgeprägt, so dass in ihrem Fall dezidiert ausgeschlossen wird, das Gebäude als Wohnraum zu nutzen. Die Flora soll Ausgangspunkt für weitere politische Kämpfe sein, weshalb andere (eventuell kompromissaffinere) Interessen so weit wie möglich ausgeklammert werden sollen.

An diesem Punkt zeigt sich eine weitere für die vorliegende Arbeit entscheidende Gemeinsamkeit: Alle drei Projekte stehen in einem engen inhaltlichen Austausch miteinander; sie teilen gemeinsame Erfahrungen und nehmen in der Ausrichtung und der Strukturierung ihrer Aktivitäten immer wieder Bezug aufeinander. AktivistInnen aus dem Gängeviertel betonten beispielsweise immer wieder, dass sie stark von den AktivistInnen aus den anderen Projekten gelernt hätten.¹⁴⁹ Dieser Austausch wird von einer breiten Szene getragen, die schon immer viel größer war als die konkret in den besetzten Häusern lebenden oder direkt engagierten Menschen. Alle Projekte waren und sind durch eine große Gruppe von FreundInnen, UnterstützerInnen und lose verbundenen SympathisantInnen gekennzeichnet, die zwar nicht in den Häusern wohnen oder zum engsten Kreis der AktivistInnen gehören, aber dennoch für bestimmte Aktionen mobilisiert werden können. Darüber hinaus bilden sie den Kitt, der die einzelnen Projekte verbindet und zusammenhält.

149 Vgl. Butzlaff et al. 2013, S. 53–65.

Auch wenn es mitunter zu Abgrenzungen kommt und nicht in allen inhaltlichen Punkten gemeinsame Positionen formuliert werden können, es somit sicherlich unterkomplex und trügerisch wäre, hier ein allzu harmonisches Bild zu zeichnen, ist der wechselseitige Austausch von großer Bedeutung für die AktivistInnen – insbesondere wenn es um Lernprozesse geht, die ja durchaus auch die dezidierte Abkehr von bestimmten Verhaltensmustern beinhalten können. Diese Bedeutung wird auch durch die harten Auseinandersetzungen und den rauen Tonfall – beides eher die Regel als die Ausnahme – nicht gemindert.

Die Schilderungen der Besetzungen sollen also ein möglichst anschauliches Bild der linksautonomen Szene vermitteln, über ihre Geschichte, Hintergründe, und Einstellungen aufklären. Wie genau nun die Lernfähigkeit der linksautonomen Szene Hamburgs, die sich u.a. aus den drei vorgestellten Projekten speist und an ebendiesen Orten »zu Hause« ist, zu untersuchen ist und warum dafür die Analyse einer Bewegungszeitschrift das geeignete Mittel ist, wird im Folgenden erläutert.